Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile 25 Pf., deren Raum 7 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Telephon Redaktion 2552

Telephon Expedition 2537

Nr. 7. | Danzig, den 20. Januar 1912. | 3. Jahrgang.

Auf zur Stichwahl in Danzig!

Der Erfolg der Sozialdemokratie bei der Danziger Hauptwahl muß bei der Stichwahl vervollständigt werden. Wenn unsere Genossen in den nächsten Tagen noch alles daransetzen, um die Massen aufzuklären und aufzurütteln, werden unsere Stimmen am Tage der Stichwahl um Tausende zunehmen.

Die liberale Presse tut so, als wenn Herrn Weinhausen das Mandat bereits sicher sei. Wenn dem so wäre, hätten wir erst recht alle Ursache, alles daran zu setzen, unsere Stimmenzahl bei der Stichwahl nach Kräften zu erhöhen. Wenn Herr Weinhausen und seine Partei gezwungen werden sollen, wenigstens einen Teil der Versprechungen zu halten, die sie den Arbeitern, den Angestellten und den Beamten gemacht haben, dann muß ihnen der Sieg so schwer wie möglich gemacht werden, dann muß die Wahl derartig ausfallen, daß sie befürchten müssen, das nächste Mal der Sozialdemokratie zu unterliegen. Die durch und durch arbeiter- und angestellten feindliche Partei wird dadurch an den schlimmsten Uebergriffen gegen das arbeitende Volk gehindert und zu Zugeständnissen gedrängt.

Aber wir haben einstweilen noch gar keine Ursache, die Flinte in das Korn zu werfen und die Wahl unseres Genossen Marckwald für ausgeschlossen zu halten.

Bei der Hauptwahl erhielt Weinhausen 9401 Stimmen, Dentler, der Mittelständler und Kandidat des schwarzblauen Blocks, 7118 Stimmen, zusammen 16 519 Stimmen.

Nun haben aber **7739 Wähler**, fast ausnahmslos **Arbeiter**, nicht ihre Stimmen abgegeben. Weiter kann man darauf rechnen, daß die 497 polnischen Stimmen unserer Partei zufallen. So ganz von aller Vernunft verlassen sind die Polen nicht, daß sie uns nicht gegen eine Partei unterstützen, der sie das Verbot der polnischen Versammlungen zu verdanken haben.

Wir erhielten	8 038	Stimmen
Dazu Polen	497	„
Nichtwähler	7 739	„
Zusammen:	16 274	Stimmen

Daraus geht nun deutlich hervor, daß wenn es gelingt, die christlichen Arbeiter, die für Dentler gestimmt haben, und einen Teil des Mittelstandes, der von unserer Politik doch wahrlich mehr zu erwarten hat, wie von der der fortschrittlichen Kommerzienrats- und Börsenpartei, etwa 1000 bisher gegnerische Wähler für uns zu gewinnen, wenn wir schließlich noch Arbeiter, die für Weinhausen stimmten, im letzten Augenblick davon überzeugen, daß sie auf dem Holzwege gewesen sind, dann kann es uns sehr wohl gelingen, die Minderheit unserer Stimmen in eine **Mehrheit** zu verwandeln. Es ist nur nötig, alles daran zu setzen, um die **Säumigen** aufzurütteln und **in letzter Stunde** die noch im gegnerischen Lager stehenden Arbeiter über ihre Klassenlage aufzuklären.

Den Reichs- und Staatsarbeitern, sowie den Beamten muß klar gemacht werden, daß es wirklich ganz unmöglich ist, herauszubekommen, wie der einzelne Wähler gestimmt hat. Die Wahl ist geheim und das Wahlverfahren ist — mindestens in den Städten — ein derartiges, daß sich jeder sicher fühlen kann, daß niemand erfahren kann, für wen er gestimmt hat!

Die liberalen Blätter erwecken den Anschein, als hätten sie eine viel größere Stimmenzahl unserer Partei erwartet. Daß wir „nur" um 1647 Stimmen seit 1907 gestiegen sind, wird als Kleinigkeit hingestellt. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß rund **3000 proletarische Wähler**, die bisher ungesetzlicher Weise in Danzig-Stadt gewählt haben, diesmal, wie es das Gesetz auch vorschreibt, nach dem Landkreis versetzt worden sind. Die Fortschrittler nahmen 1898 Stimmen zu, während der schwarz-blaue Block kläglich zusammenbrach.

Im Jahre 1907 hatten Konservative, Mittelstandspartei und Zentrum zusammen noch 10 237 Stimmen; Herr Dentler bekam also **3119** Stimmen weniger als die drei Parteien zusammen 1907 erhalten hatten. Die Danziger Wähler haben sich also mit größter Schärfe gegen die Finanzreform des Schnapsblocks erklärt; nur sind leider noch viele darauf hereingefallen, den Liberalen zu glauben, sie seien an den neuen drückenden Steuern unschuldig.

Im Jahre 1907 stimmten in Danzig-Stadt von 100 Wählern 26, jetzt 31 für die **Sozialdemokratie** und dies, obwohl just die eigentlichen Arbeiterviertel zum großen Teil in den Landkreis versetzt worden sind.

Schritt für Schritt haben wir in Danzig der Sozialdemokratie ein Stück Boden nach dem andern erkämpfen müssen. Bis 1878 wurden in Danzig-Stadt sozialdemokratische Stimmen überhaupt nicht abgegeben. Im Jahre 1878 wählten 114 vereinsame „Sonderlinge einen Sozialdemokraten. Damals nahmen in Danzig die Gegner das Fähnlein der 114 Steifnackigen gewiß nicht ernst; die Sozialdemokratie galt als eine Schicht närrischer Phantasten, die man sich entweder als hirnverbrannte Schwärmer oder als petroleumduftende Schnapsbrüder vorstellt. Im Jahre 1881 ging die Stimmenzahl gar auf 43 zurück. Seitdem aber stieg unsere Stimmenzahl von Wahl zu Wahl. Sie betrug:

1884	577
1884 (Nachwahl)	1451
1887	2279
1890	3525
1893	4265
1898	7822
1903 (Nachwahl)	5569
1903 (Hauptwahl)	6070
1907	6389
1912	8038

Dieser Erfolg muß uns anstacheln, unsern Eifer zu verdoppeln, zu verdreifachen, zu vervielfachen!

Es wird schwer sein, am kommenden Montag Danzig im Sturm zu erobern. Aber gerade die schwersten Aufgaben sind die verlockendsten. **Noch** ist es Zeit, **noch** kann auch die **Danziger** Arbeiterschaft im Reichstage einen Vertreter erlangen und noch hat das Danziger Proletariat seine Macht nicht endgültig aus der Hand gegeben!

Darum auf zum Massentritt des Proletariats in die Danziger Wahllokale!

Rüttelt die Massen auf gegen Eure Widersacher!

Vergeßt es Herrn Weinhausen nicht, daß er für eine sofortige Beseitigung der Lebensmittelzölle nicht zu haben ist!

Vergeßt es ihm nicht, daß er die Einfuhrscheine im Interesse der Getreidespekulanten aufrechterhalten will!

Wählt nicht diesen Teuerungspolitiker. Gedenkt es ihm, daß seine Parteigenossen im Danziger Rathaus den städtischen Arbeitern ihre bescheidensten Forderungen ablehnen und Hungernde mit 420 Mark Jahresverdienst grausam besteuern! Diese eine Tatsache müßte genügen, um mit einem einzigen Schrei der Entrüstung die arbeiterfeindliche „Fortschrittliche Volkspartei" in Danzig zu Boden zu werfen!

An die Arbeit, Kampfgenossen! **Werbt Stimmen für den Kandidaten der Sozialdemokratie! Stimmt für den Stadtverordneten**

Hans Marckwald.

Wähler von Danzig-Land!

Vorwärts, zur Zerschmetterung der Schwarzblauen!

Noch einmal müßt ihr, am 22. Januar, an die Wahlurne, weil die Hauptwahl nicht endgültig entschied.

Der erste Hieb brachte die Sozialdemokratie mit 5277 Stimmen an die erste Stelle. Es gilt nun den zweiten Hieb gegen den schwarzblauen Reaktionär Dörksen zu führen, der nur 4759 Stimmen auf sich vereinigte.

Was der 12. Januar so verheißungsvoll begonnen, das muß der 22. Januar vollenden.

Das Gesamtergebnis des Hauptwahltages ist bekannt, das Wahlfeld kann klar überschaut werden. Was wir auf Grund der ersten Meldungen feststellten, bestätigt sich in vollem Umfange.

Erstens: ungeheures Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen.

Zweitens: Schwächung der Parteien des schwarzblauen Blockes, aber noch nicht Zertrümmerung des Reaktionsblocks.

Der einzige Sieger im Wahlfeldzuge ist die Sozialdemokratie. Sie gewann gegenüber der letzten Wahl vor fünf Jahren **eine Million neuer Wähler** und zählt jetzt **vier und eine viertel Mill. Stimmen.** Da das deutsche Volk 14 Mill. Wahlberechtigte umfaßt, von denen rund 13 Millionen abgestimmt haben, so stellen die 4,25 Millionen Sozialdemokraten ein **volles Drittel des deutschen Volkes** dar. Hätten wir ein gleiches Wahlrecht, so müßte die Sozialdemokratie von den 397 Reichstagssitzen 132 erhalten. Da wir durch die skandalös ungerechte Wahlkreiseinteilung aber am meisten benachteiligt sind, eroberten wir bei der Hauptwahl **65** Mandate. Sicherlich wird in den **123** Stichwahlen, an denen wir beteiligt sind, noch eine stattliche Reihe Mandate gehalt werden. Darunter muß und wird sich Danzig-Land befinden, wenn alle freiheitlich gesinnten Männer fest zusammenstehen.

Der schwarzblaue Block kann zertrümmert werden, **aber nur, wenn die Liberalen nirgends einen Konservativen** in der Stichwahl heraushauen!

Die Sozialdemokratie wird ihre Pflicht tun und jedem Liberalen gegenüber einem Schwarzblauen zum Siege verhelfen, der die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterschreibt. Und diese Bedingungen enthalten nichts „sozialdemokratisches", sondern formulieren nur liberale Forderungen.

Der Liberalismus steht jetzt vor seiner Schicksalsfrage!

Sein oder Nichtsein! Schanzt er den Konservativen und Reichsparteilern auch diesmal wieder (wie 1907 und schon immer) Dutzende von Mandaten in den Stichwahlen zu, so wird ihn erstens der wieder in den Sattel gehobene schwarzblaue Block an die Wand drücken, zweitens aber werden die verratenen Wählermassen in furchtbarer Wut Rache an ihm nehmen und ihn zerstampfen. Die Liberalen haben die Wahlen unter der Parole geführt: **Gegen den schwarzblauen Block!** Gut, nun zeigt, daß ihr ihn niederrennt!

In 17 Wahlkreisen, darunter Danzig-Land, hat es der Liberalismus in der Hand, einen Schwarzblauen zu stürzen und einen Sozialdemokraten durchzubringen. Millionen von Wählern blicken auf diese Kreise! Wir betteln nicht um Hilfe. Eine Viertelmillionenpartei ist nicht auf ein oder zwei Mandate mehr oder weniger angewiesen. Unser Einfluß wurzelt nicht in der Anzahl der Abgeordneten, sondern in den Massen im Volke. **Wir erinnern den Liberalismus nur an seine eigenen Grundsätze!** Verrät er sie wiederum, dann ist sein Grab geschaufelt.

So schlecht der vereinigte Liberalismus an Mandaten bisher abgeschnitten hat, so erfreut kann er doch in vielen Kreisen ein Anschwellen seiner Stimmenzahlen buchen. Zweifellos ist das auf seine Parole: **die Front gegen rechts** zurückzuführen.

Wähler von Danzig-Land! Vor der Hauptwahl kreuzten Sozialdemokraten und Liberale auch in diesem Wahlkreise die Klingen. Jetzt aber gilt es, dem gemeinsamen Ziel zuzustreben. Dies Ziel heißt: **Niederwerfung der Konservativen!**

Jeder Liberale und andere Wähler, dem es ernst ist mit der Erreichung dieses Zieles, der ehrlich bestrebt ist, für die Verwirklichung liberaler Forderungen einzutreten, muß am Stichwahltage **gegen** den Konservativen stimmen, der muß seine Stimme abgeben **für** den Kandidaten der Sozialdemokratie:

Gewerkschaftsbeamten Julius Gehl!

Das deutsche Volk muß endlich befreit werden von dem Alp der konservativen Schreckensherrschaft, von dem Drucke der antisemitisch durchseuchten junkerlichen Reaktion. Deshalb gilt es, den letzten Mann an die Urne zu bringen gegen den Konservativen!

Niemand darf am Tage der Stichwahl zu Hause bleiben! **Auf jede einzelne Stimme kommt es an!** Eine Stimme kann es sein (und ist es manchmal schon gewesen!), die die Entscheidung herbeiführt! Deshalb: Heran zur Wahlurne!

Auch diejenigen dürfen und müssen am Tage der Stichwahl ihre Stimme abgeben, die bei der Hauptwahl nicht gewählt haben!

Ihr Nichtwähler vom 12. Januar! Holt wenigstens jetzt das bei der Hauptwahl Versäumte nach! Erfüllt wenigstens jetzt Euere staatsbürgerliche Pflicht, nützt wenigstens jetzt Euer höchstes staatsbürgerliches Recht!

Sozialdemokratische Wähler des Wahlkreises Elbing-Marienburg.

Die Parole der Sozialdemokratie zur Stichwahl zwischen den Herren Oldenburg und Schröder lautet:

Stimmenthaltung

Die Gründe sind folgende: Oldenburg und Schröder gehören zum schwarzblauen Block. Oldenburg vertritt vorwiegend agrarische, Schröder scharfmacherisch industrielle Interessen; das ist der einzige Unterschied zwischen den beiden Stichwahlkandidaten. Kein aufrechter Mann des schaffenden Volkes kann für einen Agrarier oder einen anderen konservativen Scharfmacher eintreten.

Um restlose Klarheit zu schaffen, fragten wir den „vaterländischen" Kandidaten, ob er sich verpflichten wolle:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungs- und des Koalitionsrechts;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;

einzutreten und zu stimmen.

Herr Schröder lehnte es ab, sich schriftlich auf diese Stichwahlbedingungen festzulegen. Er erklärte nur, daß er sie als Abgeordneter vertreten würde. Dabei ergab sich, daß Schröder sich über die Bedeutung der Bedingungen, besonders über Punkt 3 und 5 nicht völlig klar war. Die Parteistellung Schröders, seine persönliche Haltung vor dem 12. Januar, die Art des Wahlkampfes der „Vaterländischen" geben uns nicht die feste Gewähr, daß Schröder, selbst wenn er unsere Bedingungen erfüllen wollte, dazu im Reichstage in der Lage wäre; er müßte sich dem Fraktionszwang der konservativen Partei fügen.

Die „Vaterländischen" treten ein: für **Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen**; das heißt: Zuchthausbestimmungen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie; für **indirekte Steuern**, weil nach ihrer Meinung indirekte Steuern notwendig und gerecht sind. Jede indirekte Steuer belastet aber die Armen und schont die Reichen; gegen **das gleiche Wahlrecht** in Preußen; wer nicht mindestens das Reichstagswahlrecht auch in Preußen einführen will, kann nicht als Freund des Reichstagswahlrechts gelten; **gegen Ausdehnung d. Koalitionsrechts** auf Landarbeiter usw. Wie die „Vaterländischen" das Koalitionsrecht hassen, ist daraus ersichtlich, daß sie in ihrer Zeitung und ihren Flugblättern die Lohnbewegungen der Gewerkschaften als Klassenkampferpressungen bezeichneten, von dem Ausbeuten der Arbeiter durch Gewerkschaftskassen und von mangelhaften Kassenführungen redeten. Streikende wurden beschuldigt, daß sie sich mit dem Janhagel verbanden, um Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige zu begehen.

Wie groß der Haß der „Vaterländischen" gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Wahrheit ist, das zeigten sie vor dem 12. Januar ohne jede Verteilung. Allein in einem „vaterländischen" Flugblatt finden wir: den Schwindel, daß die Beiträge für die Partei und die Gewerkschaft viel höher sind, als alle Steuern; den Schwindel, daß die Sozialdemokratie an der Wohlfahrt des deutschen Arbeiters nicht das geringste Verdienst hat; den Schwindel, daß der gewissenlose Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht nach dem Familienleben des Arbeiters fragt, ob Frau und Kind daheim hungern; den Schwindel, daß die Beiträge für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaften — „die Arbeitergroschen" — nach Rußland zur Unterstützung der russischen Revolution, nach Schweden, nach Mexiko, nach Spanien, nach Portugal wandern; den Schwindel, daß die Beiträge für die Gewerkschaften in beispielsloser Weise verludert werden, daß die Kassen- und Geschäftsführung der Gewerkschaften die unverantwortlichste ist, die es überhaupt gibt; den Schwindel, daß die Kassen- und Geschäftsführung der Gewerkschaften den Arbeitern das Geld aus der Tasche stiehlt; den Schwindel, daß die „grünen" Gewerkschaftsführer die alteingesessenen Deich- und Bahnarbeiter durch Industriearbeiter verdrängen wollen. Jeder unserer Wähler müßte sich selbst bekämpfen, wenn er für Schröder eintreten würde, der in Elbing in der Versammlung am 2. November 1911 sich ausdrücklich als konservativ und nicht als liberal bezeichnete. Da sich also nicht ein liberaler und ein konservativer Kandidat in der Stichwahl gegenüberstehen, sondern zwei konservative Männer, die für das Volk gleich gefährlich sind, so ist damit die sozialdemokratische Parole: **Stimmenenthaltung**, natürlich und selbstverständlich. Jeder sozialdemokratische Wähler würde den schwarzblauen Block stärken, wenn er für Schröder oder Oldenburg stimmen wollte. Darum nicht für Oldenburg, nicht für Schröder, sondern:

Gewehr bei Fuß!

Kein Sozialdemokrat darf für den schwarzblauen Block der Reaktion stimmen!

Den abhängigen Wählern, die am Stichwahltage durch Drohung mit Brotlosmachung oder Vertreibung aus der Heimat, oder durch sonstigen Terrorismus an die Urne gezwungen werden, empfehlen wir, einen beliebigen Stimmzettel zu nehmen und den Namen darauf zu durchstreichen. Dann ist die Stimme ungültig.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie.
Die Parteileitung der Sozialdemokratie Elbing-Marienburgs.

Politische Übersicht.

Der Katastrophe entgegen!

Bis vor kurzem wurde in Abrede gestellt, daß die Regierung an den neuen Reichstag sofort mit neuen Forderungen behufs bedeutender Verstärkungen der Flotte und des Landheeres herantreten werde. Nachdem nun schon in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angekündigt worden, daß ein starker Einfluß der Sozialdemokratie im nächsten Reichstage verhängnisvoll werden könne, wenn es sich um „die Sicherung der Wehrkraft des Reiches"

[illegible] verrät ein plötzliches Jubelgeschrei in der kriegswilligen Presse, daß die Flottenpatrioten wieder einen Erfolg zu verzeichnen haben. Die Braunschweigische Landeszeitung, die ja oftmals von diesen Kreisen zu sensationellen Mitteilungen benutzt wird, erhält „von gut unterrichteter Seite" die bestimmte Mitteilung, daß noch zu Beginn des Jahres 1912 eine neue deutsche Flottenvorlage kommen werde. Wie sie beschaffen sein wird, sei noch ein Geheimnis. Diese Geheimniskrämerei läßt ahnen, daß man zögert, die Schwere der dem Volk neu aufzuerlegenden Lasten schon jetzt einzugestehen. Wie wir weiter erfahren, drängt Admiral von Tirpitz schon längst auf eine bedeutende Flottenvermehrung; er hat indessen beim Reichskanzler Widerstand gefunden, weil dieser bei der gespannten Lage befürchtete, es möchte eine starke Flottenvermehrung bei den anderen Mächten, namentlich bei England, als ein „unfreundlicher Akt" angesehen werden. Wenn sich dies alles so verhält, so muß betont werden, daß der Reichskanzler in diesem Falle sehr vernünftig gehandelt hat. Nachdem England ein Uebereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen zur See angeboten und obendrein die Versicherung gegeben hat, in Afrika sich zurückzuhalten, erscheint es tatsächlich provozierend, wenn jetzt in Deutschland über das festgelegte Flottenprogramm hinaus mit neuen Rüstungen vorgegangen wird. Die Situation erscheint um so gefährlicher, als in Deutschland während der Wahlbewegung wie auf ein Signal von den „nationalen" Parteien eine wüste Englandhetze betrieben ist. Man komme uns nicht mit dem lächerlichen Einwand, daß es auch in England Narren gibt, die dort eine Deutschenhetze betreiben; die deutsche Narrheit bleibt eine solche darum nicht minder.

Dazu kommt, daß ein sehr großer, vielleicht der größte Teil der deutschen bürgerlichen Partei mit dem kommenden großen Kriege als mit einer feststehenden und unvermeidlichen Tatsache rechnet. Es gibt Leute in Masse in Deutschland, die sich mit einem Fanatismus, wie man ihn sonst nur bei wilden Völkern findet, dem Krieg entgegenstürzen; immer lauter und dreister ertönt das Geschrei, Deutschland drohe zu „ermatten" und in „Schwäche" und „Verkommenheit" zu versinken, wenn nicht bald durch eine große, allgemeine Menschenschlachterei Gelegenheit gegeben werde, die „höchsten menschlichen Tugenden" sich zu eigen zu machen. Diese Auffassung, die man bei barbarischen Indianerstämmen begreifen könnte, wird namentlich von einem gewissen Professorenmut, das doch auf den Boden europäischer Kultur stehen will, eifrig gepflegt. Man kann sich nur wundern, daß von dieser Seite den deutschen Kriegern nicht anempfohlen wird, die Skalpe der getöteten Franzosen und Engländer mit nach Hause zu bringen. Den Engländern unter gewissen Umständen kein Pardon zu geben, ist ja schon empfohlen worden.

Der Aberglaube, daß ein Feldzug gegen die Franzosen mit absoluter Sicherheit siegreich verlaufen müsse, hat sich bei gewissen militärischen und bürgerlichen Kreisen bei uns so tief eingefressen, daß alle dagegen angeführten Vernunftgründe platt zu Boden fallen. Kruder schon meinte ein preußischer General, die deutsche Flotte werde zwar in dem bevorstehenden Kampfe untergehen, aber von Paris aus werde man auch England den Frieden diktieren! Das ist der Geist der Uebermenschung, wie er 1806 sich so breit machte. Aber damit ist es noch nicht genug. In einem somit erst zu nehmenden Flotte meinte ein anderer solcher Zukunftsstrategie, Frankreich würde niedergeworfen werden, wenn auch die deutsche Flotte in dem großen Weltenkampfe sich werde opfern müssen. Dann aber könnten auch die Mittel zu einer sofort zu bauenden neuen deutschen Flotte beschafft werden. Das heißt doch so viel, daß die Mittel für diese neue Flotte den Franzosen als Kriegsentschädigung abgepreßt werden sollen! Man könnte über solche Ausgeburten einer überreizten Phantasie lachen, wenn es sich dabei denn nicht doch um sehr ernste Dinge handelte.

Auch werden schon Betrachtungen angestellt, was denn geschehen soll, wenn infolge des in allen Ländern und auf allen Meeren entbrannten Krieges die Eingeborenen in den verschiedenen Kolonien die Gelegenheit ergreifen, sich zu erheben, um die europäische Herrschaft abzuschütteln. In Deutschland scheint man solche Eventualitäten am meisten zu befürchten und ein ganz Schlauer hat die „Anregung" gegeben, man möge internationale Vereinbarungen treffen, nach denen die Kolonien grundsätzlich als Kriegsschauplatz von den kriegführenden Mächten ausgeschlossen werden sollten. Ach, könnte man denn nicht auch „internationale Vereinbarungen" treffen, nach denen diese Wohltat grundsätzlich auch dem europäischen Staatsgebiet zuteil würde?

Im Kriegsfalle werden allerdings die Kolonien von den kriegführenden Mächten zum Unsch genommen werden, sich gegenseitig Reibereien zu bereiten.

Nachdem nun die deutsche Regierung sich entschlossen hat, eine neue Flotte und eine neue Flottenvorlage einzubringen, und nachdem eine Stimmung gesagt gemacht ist, die alles anbietet, um der Regierung [illegible] zu machen, so dürfte man sich nicht wundern, [illegible] Deutschland [illegible] Mächte die neuen Rüstungen [illegible] Flotte in Deutschland gar nicht ab[illegible] [illegible] Reichskanzler Bethmann Hollweg die Führung [illegible] in die nächste Zeit.

[illegible]

Deutschland.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus 31 Mitglieder — und 437

[illegible]

In der sehr stark besuchten Eröffnungssitzung war auch der Mandatsnachfolger unseres Genossen Borgmann, Genosse Julian Borchardt, erschienen. Im Hause sah man eine große Anzahl in Stichwahl stehender Kandidaten und auf dem Präsidentenstuhl saß zum letzten Male Jordan v. Kröcher, der nun mit einem Bauernbündler um das Reichstagsmandat von Salzwedel-Gardelegen kämpfen muß. In diesem Wahlkampf aber hat der alte Kröcher nicht mehr von den „allen infamichten Jesuwittern" gesprochen, denn die sind jedes Konservativen herzinnige Bundesfreunde und Herr v. Heydebrand verdankt ihnen noch einmal den Titel M. d. R., den er höher schätzt, als den des ungekrönten Königs. Die Sitzung füllte eine im Lärm der Wahlgespräche ertrinkende Etatsrede des langweiligen Finanzministers Dr. Lentze aus und dann verkündete Kröcher seinen Entschluß, nicht mehr präsidieren zu wollen, weil seine anderen Geschäfte das Gebundensein an Berlin nicht mehr zulassen! Der arme, vielgeplagte Mann!! Vielleicht befreien ihn die Wähler jetzt auch noch von der allerdings nicht allzu großen Arbeit, die Herrn Kröcher das Spazierengehen unter der Kuppel am Königsplatz zu Berlin bereitet haben mag. Dem Dreiklassenhause aber bleibt er erhalten und allezeit in Gnade gewogen. So lange nämlich, als das Volk nicht die preußische Wahlreform erzwungen hat, die bekanntlich nach der feierlichen Ankündigung des Preußenkönigs sein Wille ist, — aber nicht der der regierenden Junker und ihres Bethmann Hollweg, wie die Montag im Königsschloß zu Berlin verlesene Thronrede beweist.

In einer Abendsitzung wurde dann der Junker von Erffa zum Präsidenten und die Abgeordneten Porsch vom Zentrum und Dr. Krause von den Nationalliberalen zu Vizepräsidenten gewählt.

Die nächste Sitzung findet erst am 30. Januar, 12 Uhr mittags, statt.

Fürsten sind steuerfrei!

So will es das heutige „Recht". Und selbst der Gewinn, der ganz offensichtlich dem Besitzer zugeflossen ist, ohne daß dieser auch nur einen Finger zu rühren brauchte, ist von Abgaben befreit. Der unverdiente Wertzuwachs nämlich. Die schwarzblaue Mehrheit des verflossenen Reichstages hat am 31. Januar 1911 ausdrücklich die Fürsten von jeder Wertzuwachssteuer befreit. Daß das um dieselbe Zeit geschah, als die Schwarzen und Blauen den Heizern die Zehnpfennig-Zulage pro Tag strichen, charakterisiert diesen Volksbetrug nur noch um so mehr. Welche Summen den Gemeinden durch diesen Beschluß verloren gehen, zeigte eine Klage, welche die Gemeinde Zehlendorf bei Berlin gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen angestrengt hatte. Dieser Hohenzollernsprößling hatte vor einiger Zeit das Glück, einige Parzellen seiner ausgedehnten Güter in der Umgebung Berlins ausgezeichnet verkaufen zu können. Er „verdiente" an dem Verkauf von 66 000 Quadratmetern Grund und Bodens einige hunderttausend Mark. Um so viel war der Wert des Grundstücks seit dem letzten Besitzwechsel gestiegen. Da erinnerte sich die Gemeinde Zehlendorf, in deren Gemarkung das verkaufte Grundstück liegt, daß es ein Reichsgesetz gibt, der die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses gebietet, und veranlagte den glücklichen Gewinner zu einer Wertzuwachssteuer von 30 000 Mark und einigen hundert Mark. Damit kam sie aber schlecht an. Das Hofmarschallamt klagte für den Prinzen gegen diese Veranlagung und erklärte, das Verkaufsgebiet gehöre zum königlichen Hausgebiet und müsse daher steuerfrei bleiben. Der Kreisausschuß gab dem Kläger recht und befreite den Prinzen von der Wertzuwachssteuer. Nun verwarf auch der Bezirksausschuß die Berufung der Gemeinde Zehlendorf. Der Prinz braucht also von den großen Summen, die er der Allgemeinheit verdankt, keinen einzigen Pfennig zurückzuzahlen. Insgesamt hätte er 75 000 Mk. Steuern an Reich, Staat und Gemeinde zu zahlen gehabt. Das Geld konnte er sparen. Dafür wird das Volk um so mehr geschröpft. So wollen es die herrschenden Mächte in Deutschland.

Wilhelm II. und die Sozialdemokratie.

In keinem Lande der Welt steht der Träger der Regierungsgewalt zur Sozialdemokratie in so schroffem Gegensatz wie im Deutschen Reiche. Wilhelm II. hat den Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine persönliche Sache bezeichnet; in schriftreichen Reden hat er der Sozialdemokratie Kampf und Niederlage angesagt, sie eine vorübergehende Erscheinung, hat er sie bezeichnet, von den niedergeschlagenen Sozialdemokraten hat er vor fünf Jahren gesprochen. Nun kann er den Abschluß seiner Reden machen. Als der jetzige Kaiser seinen Vorgängern in der Regierung folgte, hatte die Sozialdemokratische Partei 44 Abgeordnete im Reichstag, die vom [illegible] Wählern in die Parlamente entsandt wurden. Nun, gegen Ende des dreizehnjährigen Jahres seiner Regierung machte die Sozialdemokratie an dem Wahltage am 12. Januar [illegible] Wähler Stimmen und [illegible] im ersten Wahlgange [illegible] zählte Abgeordnete. Kein Wunder, daß so heftig und so bauchig sein Herrscherwille [illegible] durch den Willen des Volkes unterbrochen wird, erfährt man Wilhelm II. Die Unzufriedenheit des [illegible] wird sich [illegible] Seine schärfere Sprache als die der Deutschen Sozialdemokratie kann der [illegible] erfahren. Und [illegible] Partei ist die an Mandatzahl [illegible] in [illegible] Million [illegible]

[illegible] nach der Wahl habe Wilhelm II. [illegible] Nun [illegible] glauben wir [illegible]

Eine Drohung.

[illegible]

[illegible]

Ausland.

Italien.

Prozesse [illegible]

[illegible] Die Schulen, welche [illegible] Kurbund von dem Morgen 10 Stunden lang nüchtern [illegible] Wagen es große Mengen Salz und [illegible] Wasser [illegible] Magen des [illegible] Der Schulen des Fiskus wird laut Frankfurter Zeitung auf 200 000 Lire berechnet. Das Kriegsministerium erstattete Anzeige an die Staatsanwaltschaft.

Persien.

Unter der Bärenpranke.

Die Norddistrikte Persiens sind völlig in russischen Händen. Nach einem Gerücht beabsichtigen die Engländer ihrerseits die Golfhäfen stündlich zu besetzen. Persien, das im vergangenen Monat offenbar seine letzte Energie aufgebraucht hat, läßt jetzt teilnahmslos alles über sich ergehen. Der Exschah und sein Bruder stehen noch immer auf persischem Boden und ihre Anhänger mehren sich. Die Provinzen haben seit langer Zeit keine Gouverneure mehr. Niemand will den Gouverneurposten übernehmen. Die wenigen Truppen, die bisher ein sogenanntes Heer bildeten, sind so gut wie verschwunden.

China.

Zur Revolution.

Die Provinz Schensi befindet sich in vollständigem Aufruhr. Viele Städte sind geplündert und von den Einwohnern verlassen. Die Niedermetzelung von 10 000 Mandschus bestätigt sich. — Aus Schanghai sind Telegramme eingetroffen, nach denen 3 Kreuzer und 3 Transportschiffe mit 3 Bataillonen republikanischer Infanterie und 11 Geschützen von Schanghai nach Tschifu abgegangen sind. Weitere Truppen sollen im Laufe der Woche folgen. Nach weiteren Berichten befindet sich 70 Meilen südlich von Sutschaufu an der Bahn Tientsin-Nanking eine starke revolutionäre Truppenmacht. — Die an der transsibirischen Bahn gelegene Stadt Chailar wurde von bewaffneten Mongolen besetzt. Die chinesische Garnison und die chinesischen Behörden sind in die russische Ansiedlung geflüchtet. Die Mongolen setzten neue Behörden ein und erklärten die „Unabhängigkeit" (lies: die Oberhoheit Rußlands! Red.)

Kleine politische Nachrichten.

Was vorauszusehen war! Ein neuer Unterschlupf für verabschiedete Offiziere ist geschaffen. Wie die Deutsche Tageszeitung erfährt, sind für eine Anzahl der neu zu errichtenden Versicherungsämter verabschiedete Offiziere als stellvertretende Vorsitzende in Aussicht genommen. Die Vorbereitungszeit für diese Offiziere ist auf zwei Jahre bemessen.

Das ist auch ein Segen der von den Liberalen in der Wahlkampagne so gerühmten Reichsversicherungsordnung.

Der erste Transport australischen Gefrierfleisches wurde nach Deutschland eingeführt. Es war ein Transport gefrorener Hammel, von Australien nach Bremen gebracht. Von dort wurde ein Teil des Fleisches nach Berlin und ein anderer Teil nach Chemnitz in Spezialwagen weiter transportiert. Dienstag hat in Chemnitz auf dem dortigen Schlachthof eine Kostprobe stattgefunden, die zur Zufriedenheit der am Mahl Beteiligten ausfiel. Und dieses Fleisch soll, nach unsern Agrariern, Gift sein!

Eine Studienreise? Wilhelm II. wird Anfang Septer der Schweiz einen Besuch abstatten. Die Schweiz ist das demokratischste Land des Kontinents. Republik mit Miliz, direkter Gesetzgebung und Richterwahl durch das Volk. Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen ...

Durchhalten! Daß der Liberalismus nur als Kämpfer gegen rechts gewinnen kann, zeigen die Wahlziffern in der Provinz Brandenburg ohne Berlin, wo die vereinigten Liberalen ihre Stimmen um 37½ Proz. steigerten, und in Ostpreußen, wo die Steigerung sogar volle 150 Proz. beträgt.

Die Wahlschlacht.

Einzelheiten aus dem Wahlkampf.

Ein ganz besonders erfreuliches Ergebnis zeitigte der Wahltag: **die völlige Zertrümmerung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.** Das kommt äußerlich in der Niederlage ihrer Vorsitzenden zum Ausdruck; Liebert steht in schlechter Stichwahl in Borna-Pegau, wo die sozialdemokratischen Stimmen von 9811 auf 14 512 gestiegen, die Liebertschen dagegen von 10812 auf 8091 zurückgegangen sind. Da die Fortschrittler sich bereits gegen den Verbandsdirektor ausgesprochen haben, so dürfte seiner Beseitigung aus dem Reichstag nichts entgegenstehen. Und Hagemann? Lassen wir den Mann in Frieden seine Beförderung abwarten. Für ihn haben wir nur ein Gefühl des Mitleids übrig. Die Kreaturen, die er großgezogen hat, geben ihm jetzt moralische Fußtritte, weil ihre Erwartungen so schmählich getäuscht worden sind. Aber auch in allen anderen Kreisen, wo der Reichsverband seine politikvergiftende Tätigkeit entfaltet hat, ist ein glänzendes Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie und ein förmlicher Zusammenbruch der von Stipendien des Reichsverbandes lebenden Parteien der Erfolg gewesen. Ob es wohl auch jetzt noch Leute gibt — trotzdem sie durch die Geldbriefe wissen, wie viel Geld seinem wirklichen Zwecke zugeführt wird —, die dem Reichsverband ihre Unterstützung geben? Uns kann es gleichgültig sein, ob mit oder ohne Reichsverband: wir werden auch in den kommenden Kämpfen unsern Mann stehen!

Zwei Verluste haben wir zu beklagen. In Landau sind wir trotz eines erheblichen Stimmenzuwachses aus der Stichwahl gedrängt worden, und zwar durch die Taktik des Zentrums, das seine Stimmen schon im ersten Wahlgange dem Bauernbündler zugeführt hatte. Diesen Wahlkreis hatten wir 1909 zum erstenmal erobert, dagegen war Pforzheim-Durlach schon zwei Legislaturperioden hindurch in sozialdemokratischem Besitz gewesen. Auch hier steigerte sich unsere Stimmenzahl beträchtlich, doch der bürgerliche Mischmaschkandidat vermochte gleich im ersten Gange das Mandat zu erobern.

Diederich Hahn, der Häuptling des Bundes der Landwirte, fiel in Rehdingen-Neuhaus glänzend durch; dagegen ist der Knuten-Oertel in Brieg-Namslau mit Zentrumshilfe gewählt worden. Der Antisemit Lattmann ist in Kassel hinausgewählt worden; dieses bittere Los teilt er freilich mit der Mehrheit seiner Freunde. Auch der Schönredner Friedrich Naumann sehen wir nicht wieder, was von den Fortschrittlern sehr bedauert wird. Bassermann steht in Saarbrücken gegen einen zentrümlichen Arbeiterzersplitterer in Stichwahl, nur die Sozialdemokratie kann ihn vor dem Durchfall retten. In Mansfeld hat Herr Arendt einen Stimmenrückgang von 5000 erlitten, die Sozialdemokratie einen Gewinn von 5000 Stimmen erzielt; wenn hier der Fortschritt seine Pflicht tut, kann einer der ärgsten Reaktionäre zur Strecke gebracht werden.

Einen prächtigen Erfolg haben wir im **oberschlesischen Industrierevier** erzielt. In Beuthen-Tarnowitz stiegen wir von 5973 auf 11 711, in Kattowitz-Zabrze von 5665 auf 15 158 Stimmen. Hier stehen wir mit dem Polen in Stichwahl, und wenn es uns diesmal vielleicht noch nicht gelingen sollte, das Mandat zu holen, so deuten doch alles darauf hin, daß auch in dieser dunklen Ecke das polnische Proletariat sich von den nationalen Phrasendreschern losmacht und zur Partei des werktätigen Volkes übertritt. Auch an der entgegengesetzten Seite des Reichs, in Rheinland-Westfalen, sind wir glänzend vorangeschritten; die sozialdemokratischen Stimmenzahlen haben sich stark vermehrt, Zentrum und Scharfmacher sind zum Stillstand gebracht worden. Wir stehen in aussichtsreichen Stichwahlen in Dortmund, Bochum, Hagen, Elberfeld, Düsseldorf und Mülheim-Duisburg. Es ist zwar anzunehmen, daß Scharfmacher und Zentrum sich hier gegen die Sozialdemokratie zum brüderlichen Bunde zusammenschließen werden, aber fraglich bleibt es, ob sich die proletarischen Wähler dieser Parteien so ganz nach den Befehlen der Drahtzieher mißbrauchen lassen werden. In Köln-

Stadt und Köln-Land waren wir besonders erfolgreich; unsere Stimmenzahlen gingen außerordentlich in die Höhe, das Zentrum behauptete mühselig seinen alten Stand. Befolgt der Liberalismus seine eigene Parole gegen die Reaktion, so ist Herr Trimborn die längste Zeit der Vertreter der Stadt Köln gewesen.

Sachsen hat seinem Namen als rotes Königreich alle Ehre gemacht: 15 Kreise haben wir auf den ersten Streich erobert, in den acht übrigen stehen wir in aussichtsreichen Stichwahlen. In Bayern haben wir Fürth-Erlangen und Hof erobert. Hamburg ist rote Hochburg geblieben, es entsendet unter andern unsern Bebel wieder in den Reichstag. Bremen haben wir glänzend zurückgewonnen. Braunschweig hat in zwei Kreisen sozialdemokratisch gestimmt, im dritten stehen wir in Stichwahl.

Besonders erfreulich ist auch die Wahl des Genossen Heinrich Schulz in Erfurt und des Genossen Rühle in Pirna. Beide bedeuten nicht nur für unsere Fraktion sondern für den Parlamentarismus einen erheblichen Gewinn. —

Die Sozialdemokratie kann stolz auf ihren Erfolg sein; wir verdanken ihn unserer unablässigen Arbeit, und wir werden sie weiter fortsetzen, bis die Feinde des werktätigen Volkes für immer zerschmettert am Boden liegen!

Das Wahlergebnis.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht über die am 12. Januar nach vorläufigen Ermittlungen abgegebenen Wählerstimmen folgende Tabelle:

		1912	1907
Konservativ		1 149 916	1 060 209
Reichspartei		365 087	471 863
Deutsche Reformpartei	46 882		
Wirtschaftliche Vereinigung, und zwar			
Deutsch-sozial	47 287		
Christlich-sozial	85 371		
Bund der Landwirte	61 412		
sonstige	123 171	364 123	461 000
Bayerischer Bauernbund		48 775	72 000
Zentrum		2 012 990	2 179 743
Polen		438 807	453 858
Nationalliberal		1 671 297	1 637 048
Deutscher Bauernbund		28 535	—
Fortschrittliche Volkspartei		1 556 549	1 233 935
Demokratische Vereinigung		28 557	—
Sozialdemokraten		4 238 919	3 259 020
Elsässer		84 113	107 000
Lothringer		36 390	
Welfen		76 922	94 000
Litauer		6 228	—
Dänen		17 295	15 000
Wilde		12 376	—
Unbestimmt		38 252	—
Zersplittert		13 206	—
		12 188 337	

Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug 14 236 722 (zum Teil geschätzt) (1907: 13 350 698). — Gültige Stimmen wurden abgegeben: 12 188 337 (1907: 11 262 775). Demnach Wahlbeteiligung 85,6 Prozent (gegenüber (84,7 Prozent bei der Wahl 1907).

Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie ist also noch größer, als wir es bisher angeben konnten. Dagegen zeigt sich, daß die Rechtsparteien, Konservative, Freikonservative, Antisemiten und Bund der Landwirte, von 1 193 072 Stimmen im Jahre 1907 auf 1 079 126, also um 114 946 Stimmen gesunken sind. Das Zentrum ist von 2 179 743 auf 2 012 990 Stimmen gesunken, also um fast 166 753 Stimmen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß diese Partei vielfach im ersten Wahlgang für die Rechte eingetreten ist, bleibt noch ein nicht unbeträchtlicher Verlust. Die Nationalliberalen und die Fortschrittler haben Gewinne, die ersteren von 34 249, die letzteren von 322 614 Stimmen. Gewinne, die vor der sozialdemokratischen Stimmensteigerung verschwinden und bei denen noch zu bedenken ist, daß sie auf sehr zweifelhafter Grundlage beruhen, weil die beiden Parteien 1907 vielfach im ersten Wahlgang für die Rechte eingetreten sind. Die einzige ernsthafte Gewinnerin ist also die Sozialdemokratie. Sie hat mehr zugenommen, als die Zahl der Wahlberechtigten gewachsen ist! Die Steigerung der letzteren Zahl betrug 886 024, die Sozialdemokratie aber wuchs um 977 899! Die Steigerung der Sozialdemokratie übertrifft also die Vermehrung der Wahlberechtigten noch um 91 875, fast um 100 000! Der ganze Nachwuchs an Wählern fiel also der Sozialdemokratie anheim und darüber hinaus hat sie den Bürgerlichen noch rund 100 000 Wähler abgenommen!

Wesentlich mehr als ein Drittel aller Wähler (der, die abgestimmt haben) hat sich zur Sozialdemokratie bekannt. 1907 war das Drittel noch nicht erreicht!

Das ist fürwahr ein großartiger Erfolg der Sozialdemokratie!

* * *

Die Stimmabgabe in Westpreußen.

Das Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien in Westpreußen wird durch nachfolgende Zusammenstellung der Danziger Neuesten Nachrichten illustriert:

	1912:	1907:	
Konservative	29 078	49 088	— 20 012
Freikonservative	54 828	30 060	— 24 768
Reformpartei	1 153	8 515	— 7 362
Zentrum	20 283	23 019	— 2 736
Nationalliberale	42 692	42 789	— 903
Fortschrittliche Volkspartei	13 107	8 635	— 4 472
Polen	99 067	102 390	— 3 323
Sozialdemokraten	28 099	19 925	— 8 174

Die auffallend große Stimmenabnahme der Konservativen wird durch den noch größeren Zuwachs an Stimmen bei den Freikonservativen wieder aufgehoben und erklärt sich durch verschiedene Kompromißkandidaturen der vereinigten deutschen Parteien. Während nationalliberale und Fortschrittspartei eine Stimmenzunahme zu verzeichnen haben, haben Zentrum ebenso wie Polen trotz größter Agitation ein Minus zu verzeichnen, das bei den Polen um so bemerkenswerter ist, als diese selbst Kranke und Krüppel an die Wahl geschleppt und in manchen vorwiegend polnischen Bezirken sich mehr als 95 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt haben. Die Reformpartei ist fast gänzlich aufgerieben, von 8515 Stimmen bei der letzten Wahl, blieben ihr diesmal ganze 1153 Stimmen. **Den größten Erfolg hat die Sozialdemokratie zu verzeichnen, sie hat ihre Anhänger um ein Drittel vermehrt.**

Alles in allem ist auch in Westpreußen der „Ruck nach links" unverkennbar.

* * *

Alle diese Zahlen sind, wie bereits eingangs bemerkt, nur vorläufige Ermittelungen und können auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch erheben. Wesentlich verschieben werden sie sich indessen nicht mehr.

Die Achtung der Gegner.

Selbst die Kreuzzeitung kann dem gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie die Bewunderung nicht versagen. Sie haßt und fürchtet diese große aufsteigende Macht, aber sie muß sie achten. Sie schreibt:

> Sehr ernst sehen wir das Anwachsen der Sozialdemokratie an, das durch die recht weit in derselben Richtung gehende Agitation der Liberalen mitverschuldet ist. Hier bildet sich ein vollkommen organisierter Staat im Staate, der die Jugenderziehung in seinen Kreisen beherrscht, Steuern einzieht, ein Beamtenheer unterhält, Ehrenämter in großer Zahl zwangsweise besetzt, Truppen auf der Straße einexerziert, Gelehrte, Künstler, Dichter, Publizisten in seinen Dienst nimmt und **einen Gemeinsinn pflegt, vor dem sich unsere vielgerühmten Bürgertugenden allmählich verstecken können. Welch eine Kraftleistung war die sozialdemokratische Agitation bei dieser Wahl. Jeder von uns wird davon erzählen können.** In den Großstädten war meist das erste Flugblatt, das man mit Stimmzettel, Angabe des Wahllokals und der Listennummer erhielt, sozialdemokratisch. Weit hinkte die Fortschrittspartei nach und spät erst kam die konservative Partei hinterher, die vor vielen Wahllokalen nicht einmal Stimmzettel verteilen ließ. Auf dem Lande fehlte es fast nirgends an sozialdemokratischen Flugblatt- und Zettelverteilern. Viele von diesen Sendlingen der Revolutionspartei arbeiteten im Ehrenamt und ließen sich nur die baren Auslagen ersetzen. **So weit unser Ueberblick reicht, hat sich die sozialdemokratische Agitation im allgemeinen durch bessere Manieren von der fortschrittlichen und nationalliberalen vorteilhaft unterschieden.** Hier der künstlich aufgestachelte Kriegseifer gegen eine Partei, mit der man vor fünf Jahren noch gemeinsame Sache gemacht hatte, viel bezahltes Wehgeheul über konservative Gewaltherrschaft und agrarische Ausbeutung, an das niemand glaubte, **dort die ernste, stille Entschlossenheit,** den letzten Mann an die Urne zu holen und die Stimmen des sozialistisch geeinigten Proletariats zu einem einzigen gewaltigen Proteste gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu sammeln.

Wir quittieren über diesen Tribut der gegnerischen Achtung im Namen der hunderttausend Braven, die an dem Erfolg der Sozialdemokratie mitgearbeitet haben. Es ist kein Wort dabei, das nicht hundertfach verdient wäre. Aber weiter möchten wir die Grenzen der Dankespflicht nicht ziehen und der noch immer tobende Kampf läßt keine Zeit zum Wechsel von Höflichkeitsphrasen. Keinen Augenblick werden wir vergessen, daß die konservativen Junker und ihre schwarzen Bundesgenossen die Todfeinde des arbeitenden Volks sind.

Wo schwarz-blau auftritt, wird es vertilgt!

Verratene Fortschrittler.

Die Nationalliberalen ab zu den Bündlern!

Aus Kiel melden Depeschen: Die **Nationalliberalen** haben mit den **Konservativen** und dem **Bunde der Landwirte** für Schleswig-Holstein ein Wahlabkommen **gegen** die Fortschrittliche Volkspartei geschlossen. Danach werden die Nationalliberalen im 9. Wahlkreis den bisherigen fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Struve im Stich lassen und für den Führer des Bundes der Landwirte Dr. Rösicke stimmen. Als Gegenleistung treten die Konservativen im 4. Kreis für den Nationalliberalen ein, der mit einen Fortschrittler in Stichwahl steht.

So verraten die Nationalliberalen ihre verbündeten Fortschrittstruppen! Pfui Teufel!

Aus Westpreußen.

Die Gemeindewählerlisten liegen aus!

Eine Wahlschlacht ist siegreich beendet; neue Wahlkämpfe stehen bevor, und zwar für die Gemeinde-Vertretungen der einzelnen Orte. Für diese Wahl muß in den nächsten 14 Tagen sich jeder sein Wahlrecht sichern, indem er die Wählerliste einsieht.

Die Gemeindeglieder- und Wählerlisten der Gemeinden liegen gemäß § 56 der Landgemeindeordnung in dem Zeitraume vom 15. bis einschließlich 30. Januar dieses Jahres in den Gemeindebureaus zur Einsichtnahme während der Dienststunden öffentlicht aus.

Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorsteher seines Ortes Einspruch einlegen.

Die Listenkontrolle muß unbedingt von jedem genau vorgenommen werden. Es gilt neue Siege vorzubereiten. Der Ruf der nächsten 14 Tage muß lauten in jedem Orte und in jedem Dorfe.

Seht die Wählerlisten ein!

Danzig.

Die Arbeitslosigkeit zeigt ständig die zwischen den Besitzenden und den Arbeitenden gähnende Kluft. Nur auf ihre Hände angewiesen, fallen diese allen Unbilden der Witterung und dem Hunger zum Opfer, wenn sie keine Arbeit haben. Und der Gerechte erbarmt sich wohl seines Viehes. Für die Not des arbeitslosen Menschen hat er aber nur den billigen Trost, daß doch niemand Arbeit haben kann, wenn keine vorhanden ist. Alles hat schon die kapitalistische Kultur verbessert. Auf den Meeren schwimmen zahllose Panzerkolosse, ständig bereit, Tod und Verderben zu sprühen. Die wunderbarsten Mordmaschinen starren auf dem festen Lande, um unzählige Leben auszulöschen. Es fehlt nie an Geld, um alle diese dem Dienst der Zerstörung geweihten Einrichtungen noch mehr zu vervollkommnen und zu vermehren. Gilt es aber der Not und dem Elend Dämme zu bauen, dann findet sich immer der Einwand der hindernden Naturgesetze. Und doch ist es einzig das kapitalistische Profitinteresse, das nicht will, daß der Arme gegen den mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Hunger auf nicht entehrende Weise geschützt wird. Je mehr Arbeiter auch das Notwendigste entbehren müssen, um so günstiger ist die Lohnkonjunktur der Kapitalisten! Um so besser und billiger läßt sich die Arbeitskraft auspressen. Je mehr Hungrige, je niedriger der Lohn! Das ist der kapitalistischen Weisheit höchster Schluß. Und nur deshalb seufzt die Arbeiterklasse selbst im Zeitalter der Elektrizität unter dem Fluch der durch den Hunger gepeinigten Arbeitslosigkeit. Das freiheitliche Bürgertum Danzigs respektierte die Naturgesetze des Kapitalismus stets mit verständnisvoller Andacht. Die Arbeitslosen sind zwar auch dem das Rathaus im Block der Sozialpolitiker beherrschenden Freisinn als Wähler gut genug. Soziale Fürsorge gibt es für sie aber nicht einmal in den spärlichsten Anfängen. Und doch mahnen die Feststellungen der öffentlichen Arbeitsnachweise immer dringender an diese Schuld der Stadt. Im städtischen Arbeitsnachweise meldeten sich im Dezember 487 Arbeitslose auf die nur vorhandenen 261 Stellen. 254 wurden eingestellt, so daß wieder 233 oder fast 50 Proz. der Arbeitslustigen ohne Arbeit blieben.

Im ganzen Jahre 1911 suchten 8112 Arbeiter um Arbeit nach. Nur 4571 Stellen standen für sie offen. 4141 wurden aber nur besetzt. Deshalb mußten 3971 Arbeiter wieder auf die Straße.

Der Nachweis der Metallindustriellen von Danzig und Umgegend hatte im Dezember 442 Meldungen Arbeitsloser auf 257 offene Stellen. Besetzt wurden davon nur 181, sodaß hier sogar fast 60 Proz. oder 261 ohne Arbeit blieben.

Im Jahre 1911 meldeten sich hier 6689 Arbeitslose auf 3934 Stellen. Besetzt wurden aber nur 3564, so daß bei nicht weniger als 3125 die Hoffnung nach Arbeit unerfüllt blieb.

Wie entsetzlich die Arbeitslosen bei ungenügender Ernährung und Bekleidung bei der bitteren Kälte leiden müssen, läßt sich gar nicht ausdenken. Der Sturm auf die Krankenkassen gibt davon nur einen ungefähren Begriff. Obgleich die Arbeitslosigkeit durch die vollständige Einstellung der Bauarbeiten infolge der grimmigen Kälte nach Schluß des alten Jahres noch erheblich gestiegen ist, regt sich im Rathause keine Hand zur Hilfe. Die Schreckensnachrichten über die Elendsopfer im Berliner Asyl haben das von dem Sozialpolitiker Weinhausen gefeierte Danziger freiheitliche Bürgertum nicht gerührt. Wohl lügt die freisinnige Agitation auch jetzt mit eiserner Stirn, daß sie die wahnsinnige Rüstungspolitik aus purer Arbeiterfreundlichkeit zur Beschaffung von Arbeit fördern will. Das Elend der Arbeitslosen, die man nicht zur Abstimmung ködern kann, läßt diese freisinnigen Arbeiterfreunde aber ganz kalt. In Berlin gibt es wenigstens noch ein Obdach für die Armen, die der Kapitalismus restlos ausgeplündert hat. Im nordischen Venedig der freisinnigen Millionäre gibt es aber noch immer nicht einmal auch nur die einfachste Wärmehalle. Dafür schuf die freisinnige — Sozialpolitik unlängst den neuen Tennispalast, um den Besitzenden das Leben noch angenehmer zu machen. Die Fürsorge für hungernde und frierende Arbeitslose gehört eben zu den sozialdemokratischen Utopien, die der praktisch arbeiterfreundliche Börsenfreisinn mitzumachen viel zu vernünftig ist.

Der Reichsverband für Weinhausen! Soweit ist es in dem Wahlkreise, den einst ein Rickert vertrat, schon gekommen. Die verleumderische Schlammflut, die der berühmte Verband zur Sozialistenhatz über Deutschland wälzte, erstickte seinen obersten Häuptling v. Liebert. Mit nur etwas über 7300 Stimmen ist er im sächsischen Wahlkreise Borna gegen den Genossen Ryssel, der 11 500 Stimmen erhielt, in eine aussichtslose Stichwahl gedrängt. Trotz dieses Riesen„erfolges" suchen sich die Agenten der Reichsverbandsmoral als die einzigen Retter des Vaterlandes mausig zu machen. Daran hindern die edeln Seelen auch nicht die 50 Prozent Privatnutzen, die sie aus den Opfergaben patriotischer Wohltäter selbstlos für sich verwerten. Der Reichsverband, über den alle charaktervollen Menschen nur ein Urteil haben, bleibt trotzdem der einzig wahre Hort vaterländischen Idealismus. Nur deshalb und nicht etwa wegen des Portemonnaies gebelustiger Danziger Kapitalisten stieg der Verband am 14. Januar mit einer öffentlichen Versammlung im Schützenhause zur Stichwahl auf die Schanzen. Allerdings nicht ohne mehrere nichts weniger als heldenhafte Vorsichtsmaßregeln. Zunächst waren Sozialdemokraten nach den durch rote (!) Radler massenhaft verbreiteten Handzetteln unbedingt ausgeschlossen. Auch den nicht vaterlandsliebenden Angehörigen bürgerlicher Parteien war der Zutritt verboten. Die Leitung der Versammlung hatte der deutschnationale Handlungsgehilfe Richard Senftleben. Dieser erklärte von vornherein drohend, trotz des den Sozialdemokraten verbotenen Zutritts, stehe zur Verhinderung etwaiger Ruhestörungen die Polizei zur Verfügung! Außerdem habe er sich das Hausrecht übertragen lassen! Das sogenannte Referat hielt der Generalsekretär Max Taube aus Königsberg: Er forderte den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen in Danzig-Stadt und -Land. Dann folgte eine so unglaublich niedrige und „wahrhaftige" Verunglimpfung der Sozialdemokratie, daß sie die selbst bürgerlichen Leute vor Empörung über diese Kampfart hochtrieb. Der unglaublichen Herabwürdigung und Entstellung der Bestrebungen der Millionenpartei, der mehr als ein Drittel aller deutschen Wähler ihr Vertrauen bezeugten, folgte die gleichwertige Verunglimpfung des Genossen Marckwald. Dieser „Referent" beschuldigte ihn, nicht weniger als sämtliche deutsche Frauen durch seine geschichtlich unantastbare Schilderung der Königin Luise aufs schwerste beleidigt zu haben. Dabei weiß dieser Herr Taube ganz bestimmt, daß Marckwald jene Frau nicht mit einem einzigen Wort beschimpfte, sondern nur der Wahrheit die Ehre gab, die der berühmte Gelehrte Alexander v. Humboldt längst ausgesprochen hat. Ferner soll Marckwald in der Märkischen Volksstimme einmal geschrieben haben, daß es keinen Gott und kein Gewissen gebe. Einem gewissenlosen Menschen dürfe aber kein Wähler die Stimme geben. (!) Genosse Marckwald wird nicht unterlassen, hierauf die gebotene Antwort zu geben. Die Forderung, daß der Arbeiter wenigstens 1200 Mark jährlich verdienen soll, bezeichnete der Reichsverbändler als maßlos und unvernünftig! Den Rest mögen uns unsere Leser ersparen.

Als zweiter offizieller Redner — der dritte war erkrankt — sprach der nationalliberale Dr. John, Syndikus des Verbandes ostdeutscher Industrieller und rechte Hand des bekannten Oberscharfmachers Schrey. Der gebildete Herr kämpft als Gutemuler für die höhere Moral der Menschen. Hier stellte er sich hin und schmähte ohne jeglichen Beweis die Sozialdemokratie wegen der „Verhetzung" der Jugend. Dieser Nationalliberale fand es natürlich für selbstverständlich, daß auch im Landkreise die Freisinnigen für den Freikonservativen eintreten müßten! Die Danziger Zeitung notiert es unwillig, daß Dr. John von Zentrumsleuten zugerufen wurde, sie seien noch nicht einig, unbedingt gegen die Sozialdemokratie zu gehen.

Künemund vom Westpr. Volksblatt wollte mit dem Zentrum nur dann in Danzig-Stadt für die Freisinnigen eintreten, wenn diese sich im Landkreise klipp und klar für den wahlrechtsfeindlichen Brotwucherer Dörksen erklärten! Der zentrumsfromme Werftarbeiter Hinz ist derjenige, der unlängst im St. Josephshause die bodenlos unsaubere Denunziation erfand, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter bei ihren Arbeitgebern denunziert, die nicht auf die Volkswacht abonnieren wollen. Hier suchte er den Nachweis zu liefern, daß Zentrumsmoral die Reichsverbandsmoral noch übertreffen kann. Der schwarze Agitator blieb gegenüber seiner Kennzeichnung durch die Volkswacht wieder dabei, daß unser Genosse Dr. Quark das Lügen für erlaubt erklärt hat. Wir geben es natürlich auf den Mann zur Wahrhaftigkeit zu bekehren. Er muß sich aber schon gefallen lassen, daß auch auf ihn das zutrifft, was Gen. Dr. Quark in öffentlicher Erklärung dem patentierten Oberchristen Minter sagte, als er ihn wegen der gleichen Beschimpfung für einen ehrlosen Verleumder erklärte. Dieser und noch ein Zentrümler, die überhaupt [illegible] vertreten waren, um ihr Mütchen am Freisinn zu kühlen, fordert[illegible] ebenfalls die unbedingte Unterstützung Dörksens durch den Freisinn, wenn sie ihn nicht in der Sta[illegible] verlassen sollten! Als gegen S[illegible] ein protestierender Zuruf fiel, behauptete S[illegible], das sei ein Sozialdemokrat gewesen: Der Horcher an der Wand hört seine eigene Schand! Großartig teutsch und heldenmäßig! Die freisinnigen Führer Dr. Herrmann und Dr. Fehrmann waren anwesend. Aber keiner von ihnen protestierte gegen die unsaubere Reichsverbandsart. Niemand von ihnen verbat sich diese Hilfe! Niemand protestierte gegen die Erpressungsversuche der Zentrümler! Auch nicht die Danziger Zeitung! Sie sammelt dafür freudig alle Äußerungen, welche den Zusammenschluß aller Reaktionäre gegen die Sozialdemokratie empfehlen. Trotzdem möchten wir noch nicht glauben, daß der Freisinn im Landkreise seine Wähler und das Volk verraten kann.

Inventur-Ausverkauf Bis zum 20. Januar verkaufen wir sämtl.

Herrengarderoben

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Hirschberg & Waldhaus

Danzig, Breitgasse 120. 1289

Morgen Sonnabend Schluss
des
Inventur-Ausverkaufs.

Versäumen Sie nicht die außerordentlich günstige Gelegenheit, billige Schuhe und Stiefel bis zu **60 % Ermässigung** zu kaufen.

Stiefelkönig G. m. b. H.
Breitgasse 120.

Reichstagswähler!

Wählt
Marckwald!

1699

Über dieses Thema spricht der

Reichstagsabgeordnete
Hugo Haase, Königsberg

am Sonntag, den 21. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr,
in einer

öffentl. Volks-Versammlung

im größten Saale Danzigs **Café Alt-Weinberg,** Schidlitz.

Erscheint in Massen! Auch Frauen sind hierdurch eingeladen.

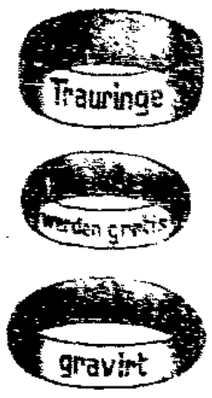
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sonntag, den 21. Januar
findet das im Etablissement des Herrn **J. Steppuhn, Schidlitz,** arrangierte
Gewerkschafts-Kränzchen
mit humoristischem Bockbier-Abend
statt und werden die Mitglieder der Gewerkschaften freundlichst eingeladen. 1696

Der Veranstaltungs-Vorstand.

Uhren kauft man billig und gut
mit dreijähriger Garantie

Silberne Damen- und Herrenuhren von 7.00 ℳ
Goldene Damenuhren von 14.00 ℳ
Wecker von 1.50 ℳ
Regulatore mit Freischwinger neuer Manufaktur
Reparaturpreise:
Feder von 1.00 ℳ, Glas von 20 ₰, Kapsel 20 ₰
Trauringe von 3.00 bis 60 ℳ
Eingravieren gratis



M. Jacobsohn,
Uhrmacher und Juwelier
Nur Breitgasse Nr. 113

Nähterinnen finden das ganze Jahr hindurch gleichmäßige lohnende Beschäftigung bei Rosenberg & Fischer Hemdenfabrik, Hundegasse 56

Enorm billiger
Möbel-Verkauf!

Kleiderschränke	v. 28 Mk. an
Vertikos	von 25 ℳ
Sofas	von 35 ℳ
Chaiselongues	von 28 ℳ
Tische	von 8 ℳ
Stühle	von 2.50 ℳ
Pfeilerspiegel	von 9.50 ℳ
Paneelbretter	von 3.50 ℳ
Etageren	von 8.50 ℳ
Waschtische	von 29 ℳ
Küchenschränke	von 24 ℳ
Bettstellen	von 15 ℳ

nur im Möbelkaufhaus
Breitgasse 16.

Oskar Schützmann
Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse No 67

Spezialität
Grogrum
1 Liter 1,60 Mk

Neue Konserven
Dörrgemüse
Margarine
empfiehlt
zu diversen Preisen
E. Warkentin
Schüsseldamm 24.

Carl Steinbrück
Altstädt. Graben 112
Telefon 639
Eisenwaren
Eiserne Oefen
Emaillirte Schilder.

Schneiderin für's Haus gesucht. Heiligenbrunnerweg 25. 1688

Masken-Garderoben Danzig, Hundeg. 108 III
Vereinen auch nach außerhalb bei billigster Preisberechnung.

Empfehle
A. Fleisch- u. Wurstwaren
Rind.-Schmorbraten Pfd. 80 Pf.
Rindfleisch o. S. Pfd. 70 u. 80 „
Schweinefleisch Pfd. 65 „
Schweine-Kaubraten „ 80 „
Speck roh „ 70 „
Speck geräuchert „ 80 „
Schweineschmalz Schmalz „ 90 „
Speck Schmalz „ 75 „
Artur Stetzelberg,
Langfuhr, Brunshöferweg 22.

Näh-Maschinen
Fahrrädern
A. Hein
Breitgasse 115.

Gutschmeckende Erbsen Pfd. 18 ₰
Gutsch. weiße Bohnen Pfd. 20 „
Miesigen Sauerkohl Pfd. 8 „
Brauswetter
Tischlergasse 23.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
8. Bezirk (Niederstadt)

Montag, 22. Januar, 8 Uhr morgens
im Restaurant Sinnig, Hirschgasse 9

Material-Ausgabe für die Wahlhelfer
des 1., 24., 25., 27., 28., 29., 30. Bezirks.

Nach 7 Uhr abends
Abgabe des Materials und Entgegennahme von Wahlresultaten.
Nun gilt's! Drum auf zur Wahlarbeit!
Der Bezirksführer **Bruno Schmidt.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands.
(Filiale Danzig).

Unsere
Mitglieder-Versammlung
am Montag, den 22. Januar fällt aus. Nächste
Versammlung
am Montag, den 5. Februar.

Diejenigen Kollegen, welche am Montag, den 22. Januar bei der Stichwahl als Wahlhelfer tätig sein wollen, werden gebeten, am Montag früh 8 Uhr sich Fischmarkt 6 zu versammeln.

Zahlreiche Beteiligung erforderlich. 1702

Der Vorstand.

Verband der Böttcher
Zahlstelle Danzig

Sonntag, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr, Fischmarkt 6

General-Versammlung!

Tagesordnung
1. Jahres- und Geschäftsbericht.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet 1645

Die Ortsverwaltung.
J. A.: Wilh. Wilatzki.

Inventur-Ausverkauf
Verkauf nur solange Vorrat. Spottbillige Preise!

1 Posten Herren-Sport-Hüten 95		1 Posten Herren-Sport-Hüten 75	
1 Posten Oberhemden 95	1 Posten Garnituren 45	1 Posten Oberhemden 95	
Selbstbinder 45		Selbstbinder 75	
Stehkragen 85		1 Posten Knaben-Mützen 25	
1 Posten Hosenträger 95	1 Posten Normal-Hemden 1.00	1 Posten Unterhosen 95	1 Posten Handschuhe 75

Pelzwaren teilweise bis zu 35 % reduziert

English Club G. m. b. H. Breitgasse 106-107

Oscar Bieber
6 Juwelier, **Danzig,** Goldschmiedegasse 6
Grosses Lager moderner Gold-, Silber- und Alfenidewaren. Grosses Uhrenlager.
Atelier für Neuarbeiten und Reparatur.

Hierzu 2 Beilage und Die Neue Welt.

1. Beilage zur Volkswacht

Nr. 7. | Danzig, den 20. Januar 1912. | 3. Jahrgang.

Aus Westpreußen.

Die Parole der fortschrittlichen Volkspartei für Danzig-Land lautet: Keine Stimme für den schwarzblauen Block.

Nach dieser Parole ist es für alle liberalen Wähler selbstverständlich, daß sie Mann für Mann dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben.

Chinesisches über Europa.

Ein chinesischer Gelehrter mit europäischer Bildung, Ku Hung-Ming, hat über Chinas Verteidigung gegen europäische Idee ein Buch geschrieben, das im Verlage von Diederichs (Jena) in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Ku Hung-Ming ist ein Gegner der europäischen Kultur, er schwärmt für die Schönheit und konfuzianische Sittlichkeit des alten China, er haßt die Technik, das Militär, den Polizeigeist, den Kapitalismus, kurz alles, was zu der „Raubtierkultur des modernen Europa" gehört. Aber dieser weltabgewandte Romantiker, der für eine hoffnungslose Sache kämpft, hat für alle Dinge unserer europäischen Wirklichkeit doch einen merkwürdig scharfen Blick. So schreibt er z. B. über den Liberalismus das Folgende:

Der europäische Liberalismus des 18. Jahrhunderts hatte Kultur, der Liberalismus von heute hat seine Kultur verloren. Der Liberalismus der Vergangenheit las Bücher und verstand Ideen, der moderne Liberalismus liest höchstens Zeitungen und benützt die großen liberalen Phrasen der Vergangenheit als Schlagworte für seine selbstischen Interessen. Der Liberalismus des achtzehnten Jahrhunderts focht für Recht und Gerechtigkeit, der Pseudo-Liberalismus von heute ficht für Rechte und Handelsprivilegien. **Der Liberalismus der Vergangenheit kämpfte für die Sache der Menschheit, der Pseudo-Liberalismus von heute sucht die investierten Interessen von Kapitalisten und Finanzlenien zu fördern.**

Einen gewalttätigen reaktionären Heißsporn, der um die Zeit des Boxeraufstandes am Hofe von Peking eine Rolle spielte, schildert er folgendermaßen:

Wie sein Vater ist auch Tsen Chun-Hsüan ein furchtbarer Mann. Er ist ein Mitglied der Partei, die man am ehesten mit den preußischen Junkern vergleichen könnte. Die Familie stammt aus der wilden, erst halbzivilisierten Provinz Kwangsi, dem chinesischen Pommern. Tsen Chun-Hsüan ist der richtige chinesische Junker.

Interessant und nicht ohne Beziehung auf europäische Verhältnisse ist auch die Schilderung eines aristokratischen Strebers Tuan Fang, der sich zunächst einer liberalen Regierung anschließt, dann aber nach ihrem Sturz das Mäntelchen nach dem Winde zu drehen weiß:

Als Kang Yu-Wei fliehen mußte und einige seiner Anhänger mit dem Leben büßten, war Tuan Fang nicht im mindesten in Verlegenheit. Sondern mit der ganzen rücksichtslosen Unverschämtheit der flotten Jugend machte er eine vollkommene Schwenkung und **ergriff die letzte Zuflucht eines Schurken: den Patriotismus.** Unmittelbar nachdem Kang Yu-Wei gefallen war und die Kaiserin-Witwe die Zügel der Regierung in die Hand genommen hatte, verfaßte er ein patriotisches Lied im Volkston, das die Kaiserin-Witwe und die ruhmvolle Regierung bis zum Himmel erhob. Auf diese Weise rettete er sich vor den ernsthaften Folgen seiner Verbindung mit Kang Yu-Wei.

Nach Ku Hung-Mings Schilderung scheint es, als wenn man in China solche Menschen verachtete. Das hierzulande beliebte System, im Namen des Patriotismus ein Gesinnungslumpentum engros heranzuzüchten, scheint also im Reich der Mitte noch ganz unbekannt zu sein. Soweit ist China „in der Kultur zurück"!

Danzig.

Den Jammer der Danziger Zeitung über das Nichteintreten der Elbinger Genossen für den Freikonservativen besprechen wir in der 2. Beilage. Ein Danziger Genosse schreibt uns zu dem gleichen Thema:

Das Volksgericht am 12. Januar vermochte die Danziger Zeitung also nicht zu belehren, wozu eine charaktervolle Vertretung des Liberalismus verpflichtet. Wie stets, weiß dieses Blatt nichts besseres zu versichern – trotz der wüstesten Bekämpfung der Liberalen durch die Konservativen – daß im Landkreise die Agrarier auf liberale Hilfe rechnen könnten, wenn es nach der Danziger Zeitung gehe. Die verschämte Anbiederung soll natürlich die Konservativen zur Unterstützung Weinhausens in der Stadt verlocken. Gleichzeitig aber greint die Danziger Zeitung über die Roten in Elbing, die für den rechtsstehendsten Kandidaten Partei nähmen.

Wer sagt aber der Danziger Zeitung, daß der freikonservative Forstrat Schröder überhaupt mehr links steht als Oldenburg? Die Probe darauf hat er so bestanden, daß er die Unterschrift der gewiß bescheidenen sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen verweigerte! Und so charaktervoll muß eine Partei, die ihre Verantwortung dem Volke gegenüber ernst nimmt, schon sein, daß sie den Schein nicht für das Sein nimmt.

Die Danziger Zeitung scheint auch selbst zu fühlen, daß mit ihrer Ansicht nicht zu prunken ist. Deshalb möchte sie zur Erleichterung ihres Gewissens noch eine Stichwahlverräterei der Danziger Sozialdemokratie konstruieren. Sie behauptet, daß ein großer Teil der hiesigen Sozialdemokraten vor etwa zwei Jahrzehnten die Entscheidung in der Stichwahl zwischen Rickert und dem Konservativen dem Schicksal überließ. Die Rotschau der Danziger Zeitung sieht hier mindestens Gespenster. Vor etwa 20 Jahren, nämlich im Jahre 1893, erfolgte die Stichwahl zum ersten Male zwischen Freisinn und Sozialdemokratie. Damals konnte also garnicht die Sünde begangen sein, die die Danziger Zeitung entdeckt haben möchte. Zur Stichwahl zwischen dem Freisinnigen Schrader und dem Konservativen kam es allerdings bei der Nachwahl im Jahre 1884. Rickert ist niemals mit den Konservativen in die Stichwahl gekommen! Als Schrader 1884 in Stichwahl stand, hatten, was die Danz. Zeitung klüglich verschweigt, die Freisinnigen kurz vorher im Reichstage einschließlich Rickerts an der Verlängerung des schändlichen Ausnahmegesetzes mitgewirkt. Es wäre menschlich zu sehr begreiflich gewesen, wenn die Erbitterung über diesen freisinnigen Verrat unsere gerade in Danzig, infolge der liberalen Unduldsamkeit, durch das Schandgesetz unsagbar brutalisierten Genossen beeinflußt hätte. Trotzdem bewahrten sie kühle Ruhe. Schrader erhielt in der Hauptwahl 6372 und die Sozialdemokratie 1451, zusammen also 7823 Stimmen. In der Stichwahl fielen auf ihn dagegen 8129 Stimmen! Der Konservative erhielt dagegen nur 5979 Stimmen. Es ist also eine vollständig aus der Luft gegriffene Verdächtigung, welche die Danziger Zeitung gegen unsere damals tätig gewesenen Genossen erhebt. Rickert kam dann 1890 mit dem Nationalliberalen zur Stichwahl. Er erhielt 7350 und der Gegner nur 3755 Stimmen. Trotzdem vereinigten sich die 3525 sozialdemokratischen Stimmen fast vollständig auf Rickert, der dadurch mit 10228 gegen 3943 Stimmen durchs Ziel ging. Der Danz. Zeitung können wir nur dringend raten, im politischen Kampf endlich wahrhaftiger zu werden. Im übrigen soll sie nur dafür sorgen, daß die frühere Stichwahlhaltung der Danziger Sozialdemokratie von ihren Parteifreunden im Landkreise befolgt wird. Dann werden sie die eigene Ehre und die Interessen des Volkes gegen die schwarzblauen Reaktionäre am sichersten schützen.

Solange ich daran denke, wähle ich nicht liberal!

Einem liberalen Parteiführer, der jüngst um die Stimme eines schlichten Mannes aus dem Volke anhielt, ist eine sehr richtige und treffende Antwort zuteil geworden, die verdient, daß sie weiter verbreitet wird: „Herr N . . . .!" antwortete der wackere einfache Arbeiter, „solange ich noch an die siebziger Jahre denke, und den Kulturkampf, den wir Euch Liberalen zu verdanken hatten, solange wird mich niemand, wer es auch sei, dazu bringen, liberal zu wählen. Ich war noch ein Junge, kaum der Schule entwachsen, aber ich habe es miterlebt und angesehen, wie unsere Geistlichen öffentlich durch Gendarme ins Gefängnis geführt wurden, weil sie ihr Amt versahen und ihre Pflicht taten. Sie hatten nichts anderes getan, als daß sie Verlassenen beistanden, Kranke trösteten, Sakramente spendeten. Ich habe es miterlebt, wie ein Bischof verurteilt, gepfändet und zuletzt ins Gefängnis transportiert wurde, wo er 100 Tage verbleiben mußte. Ich habe das herzzerreißende Elend angesehen, wie blühende geistliche Anstalten und Klöster geschlossen, Ordensleute vertrieben und des Landes verwiesen wurden, solange ich daran denke, solange werde ich niemals einem Liberalen meine Stimme geben, egal wofür."

Das war deutlich gesprochen und sie sollen das noch öfters zu hören bekommen, die Herren Liberalen, daß das die Zeiten waren, wo man die wahre Natur des Liberalismus kennen gelernt hat, um sie nicht wieder zu vergessen. Damals war es für die Herrschaften „eine Freude zu leben," wie einer unvorsichtig ausgeplaudert hat. Und das sollte auch nicht vergessen werden, am wenigsten in einem Wahlkampf, in welchem sich alle liberalen Elemente scharen, um zur Herrschaft gegen das Zentrum zu gelangen und wieder in ihrem Sinne „Kultur" zu machen.

Ein nettes Stückchen vom „Reichsverband".

Von der „biederen" Agitation des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" gelangte in letzter Woche ein nettes Stückchen zur Kenntnis einer Versammlung technisch-industrieller Beamten in Halle. Dort konnte folgendes vertrauliche Briefchen verlesen werden.

Ortsgruppe Halle-Saalkreis des Reichsverbandes
gegen die Sozialdemokratie.
Vertraulich.

Halle, den 3. Januar.

Die Herren Fabrikbesitzer und Leiter größerer Werke möchte ich darauf hinweisen, daß heute abend in den Thalia-Sälen eine öffentliche Versammlung des **der Sozialdemokratie sehr nahestehenden** (!) Bundes technisch-industrieller Beamten stattfindet, die lediglich den Zweck haben wird, die technischen Beamten aufzuhetzen. Es liegt daher im Interesse der Herren Unternehmer, daß sie selbst die Versammlung besuchen, um hetzerischen Uebertreibungen entgegentreten zu können, oder daß sie zuverlässige Beamte ihres Betriebes zum Besuche der Versammlung anregen, damit diese den demagogischen Kunststücken der Versammlungsunternehmer an Ort und Stelle die Spitze abbrechen können.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat bekanntlich im Herbst 1911 den ersten deutschen Technikerstreik in Berlin in Szene gesetzt, der mit allen Mitteln der sozialdemokratischen Gewerkschaftstaktik betrieben wurde. Rechtzeitige Abwehr dieser Organisationen von seiten der hiesigen Industrie scheint dringend geboten.

Hochachtungsvoll
Michaelis, Generalsekretär.

Also: die technisch-industriellen Beamten werden schlechtweg als sozialdemokratisch verdächtigt, und ihren Arbeitgebern wird geraten, ihnen nachzuspionieren — denn darauf läuft das Ganze offenbar hinaus. Eine würdige Leistung. Werden die Danziger technisch-industriellen Beamten so töricht sein, den Stipendiaten des Reichsverbandes und der Unternehmer, Weinhausen, zu wählen?

Elbing.

Hirsch-Dunckersche Arbeiter für den schwarzblauen Schnapsblock. Die Elbinger Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine boten ihre Gefolgsmannschaften schon bei der Hauptwahl für den „vaterländischen" Kandidaten auf. Die Auslieferung der freisinnigen Gewerkschaften für die argsten Feinde jeder ehrlichen Arbeiterbewegung und des Koalitionsrechts, für die industriellen Scharfmacher, ist bezeichnend für den politischen Charakter jener „Arbeiterführer". Dabei konnte die „vaterländische" Zeitung gerade die Hirsch-Dunckerschen Streikleiter, während des Ziesekampfes nicht genug herunterreißen. Und so etwas wundert sich, wenn es in aufrechten Arbeiterkreisen allgemein verachtet wird.

Das politische Doppelspiel. In der Elbinger Zeitung gibt Forstrat Schröder nachstehende Erklärung ab:

Herr Stadtforstrat Schröder schreibt uns im Anschluß an unsere Wahlstatistik: „Ich stehe persönlich auf dem Boden der Reichspartei und bin Kandidat des Vaterländischen Wahlvereins, der sich aus denjenigen Konservativen, die sich mit dem Bunde der Landwirte nicht identifizieren, und aus liberalen Wählern zusammensetzt."

Im Mittelalter war es Mode, das eine Bein blau und das andere gelb zu bekleiden. Wie schade, daß dergleichen heute nicht mehr Sitte ist! Herrn Schröder würde ein solches Kostüm ausgezeichnet gut stehen.

Das amtliche Wahlergebnis ergibt für unseren Genossen Crispien 8133, für Oldenburg 10660 und für Schröder 8189 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 13499 Stimmen. Oldenburgs Stimmenzahl beträgt 100 mehr, als ursprünglich gemeldet wurde. Die Stichwahl ist auf den 25. Januar festgesetzt.

Heraus aus den Kriegervereinen! Bei dieser Wahl ist wieder, wie uns zugehende Flugblätter und Briefe beweisen, auf die Kriegervereine heftig gewirkt worden. Mehrere Leser schreiben uns unwillig über ihre Erfahrungen und wollen austreten.

Das ist das Vernünftigste, was man gegen die politische Agitation in den Kriegervereinen tun kann. Wer einem Kriegerverein angehört, entsagt damit dem freien Wahlrecht, unterwirft sich durch eigenen Entschluß einer politischen Entrechtung.

Das sollte ein aufgeklärter Reichsbürger weit von sich weisen. Darum heraus aus diesen Vereinen, denen man das wertvollste politische Recht preisgeben soll!

458200 Mark will der preußische Staat für den Um- und Ausbau des Elbinger Gerichtsgebäudes anlegen. Als erste Rate verlangt der diesjährige Etat vom Landtage 150000 Mk. Außer einem Neubau an der Ostseite wird auch das alte Gefängnis umgebaut, da seine Räumlichkeiten längst unzureichend sind. Die Warmwasserheizung, die sich gegenwärtig nur auf einen Teil des Gefängnisses beschränkt, soll auf das ganze Gefängnis ausgedehnt werden.

Für den Neubau eines Lehrerseminars fordert der preußische Staatshaushaltsplan 150000 Mark als zweite Rate.

Fünf neue Typhuserkrankungen und einen Todesfall registriert der Krankheitsbericht der letzten Woche.

Die Stichwahlparole der Sozialdemokratie für Elbing-Marienburg, die auf Stimmenthaltung lautet, beschäftigte am Donnerstag, den 18. Januar eine überfüllte Volksversammlung in Elbing. Die Aufforderung, die schwarzblauen Kandidaten Oldenburg und Schröder ihrem Schicksal zu überlassen, weckte stürmische Zustimmung. Zwei Welten stehen sich gegenüber: die Besitzenden und die Besitzlosen. Die Besitzlosen gelangten mit ihrem Vertreter nicht in die Stichwahl, sie sind nicht töricht genug, irgend einem Kandidaten der Besitzenden als Stimmvieh beizuspringen, weil das politischer Selbstmord wäre. Wie unklar manche die Situation erfassen, lehrten die Ausführungen des Genossen Rudnitzki, der in Schröder das „kleinere Uebel" erblickte. Welche Irrwege er damit wandelte, geht daraus hervor, daß nur ein Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und ein Ingenieur des Ziesebetriebes in dieselbe Kerbe hieben, während die Versammlung entrüstet gegen die Zumutung protestierte, den schwarzblauen Reaktionär Schröder herauszuhauen und den „Vaterländischen" das im Wahlkampfe angelegte Geld zu retten. Die begeisterten Hochrufe auf die Sozialdemokratie bekräftigten zum Schlusse den festen Willen, weder rechts noch links zu schielen, sondern mutig und prinzipienfest auf den geraden Weg des Klassenkampfes zu beharren, welcher der deutschen Sozialdemokratie 4¼ Millionen Stimmen brachte! Es bleibt dabei: **Stimmenthaltung!**

Marienburg.

Von vielen Eine.

Im Lärm des Wahlkampfes möchten wir die Tragödie einer Armen nicht ungehört im Wind verhallen lassen. In den Zeitungen lasen wir:

Kohlengasvergiftung. Ein warmes Schlafzimmer wollten sich die beiden Dienstmädchen des Gutsbesitzers R. Schulz in Kunzendorf (Kreis Marienburg) dadurch bereiten, daß sie bei der zunehmenden Kälte am Abend den Ofen tüchtig mit Steinkohlen heizten. Allem Anschein nach haben sie dabei die gebotene Vorsicht außer acht gelassen. Am Morgen wurden die beiden Mädchen bewußtlos vorgefunden. Die ältere konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden, während die andere erstickt war.

O nein, so war es nicht. Hören wir, wie ein Arbeitr aus Kunzendorf mit schmucklosen Worten den Hergang erzählt:

Kunzendorf, 14. 1. 1912.

Werter Genosse!

Ein trauriger Fall hat sich hier vorige Nacht zugetragen. Bei dem Hauptmann Schulz dienten die Mädchen Justine Lippowitz und Emilie Stein. **Sie mußten auch bei dieser Kälte in ungeheizten Raume schlafen.** Um sich ihre Kammer zu erwärmen, schütteten sie glühende Kohlen in ein Gefäß (Grapen) und stellten das in ihre Kammer. Morgens fand man beide angekleidet in bewußtlosem Zustande. Dem hergeholten Arzt aus Dirschau gelang es, nur die Lippowitz am Leben zu erhalten, während Emilie Stein schon tot war. Sie hatte vor einigen Tagen bereits den Dienst **wegen schlechter Behandlung verlassen** und wurde damals von der Genossin Leu unterwegs gefunden.

Emilie Stein bat damals unsere Genossin, sie doch **in ein Gefängnis zu bringen;** sie meinte, daß es da besser war, als bei der gnädigen Frau Schulz. Auf Zureden unserer Genossin ging sie am andern Tage wieder zurück . . .

Wir erinnern uns, daß vor einigen Jahren bereits unser Königsberger Bruderblatt mit dem Herrn Hauptmann Schulz ein Hühnchen pflückte, weil die Arbeiterwohnungen auf seiner Besitzung manches zu wünschen übrig ließen. Es scheint also, als wenn in den Jahren nichts besser wurde. Ob jetzt nach dem Tode des Mädchens Herr Schulz, der in seiner Gegend als strammer Agrarier bekannt ist, die bessernde Hand anlegen wird?

Verkehrt, total verkehrt, Herr Landrat! In der neuesten Nummer des Marienburger Kreisblattes finden wir folgende landrätliche Bekanntmachung:

Marienburg, den 11. Januar 1912.

Infolge der **zunehmenden Trunksucht** unter der arbeitenden Bevölkerung des Kreises und der von ihnen im betrunkenen Zustande vielfach verübten Ausschreitungen und Messerstechereien sehe ich mich veranlaßt, auf Grund des § 3 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 23. Januar 1901 (Amtsblatt Nr. 41) für diejenigen Räume aller Gast- und Schankwirtschaften des platten Landes, in welchen gewöhnlicher Trinkbranntwein ausgeschänkt oder der Kleinhandel mit demselben betrieben wird,

die Polizeistunde an den Sonn- und Festtagen auf 2 Uhr nachmittags

hierdurch festzusetzen.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, den betreffenden Wirten hiervon sofort schriftlich oder zu Protokoll Kenntnis zu geben und daß dies geschehen, aktenmäßig zu beurkunden. Ferner beauftrage ich die Amts- und Gemeindevorstände, sowie die Herren Gendarmerie-Wachtmeister des Kreises, strenge darüber zu wachen, daß meine vorstehende Anordnung von den Gast- und Schankwirten genau befolgt wird. Etwaige Uebertretungen sind gemäß § 4 der obenbezeichneten Polizeiverordnung unnachsichtlich zur Bestrafung zu bringen. In Wiederholungsfällen ist seitens der Ortspolizeibehörde die Klage auf Entziehung der Schankkonzession beim Kreisausschuß einzuleiten.

Das wird nach diesem Erlaß genau so viel Trunkene und genau soviel Messerstechereien geben, wie vorher. Auch nicht einen Fall weniger. Zwangserziehung litt bisher noch immer Schiffbruch. Wir wissen etwas besseres: Mag der Herr Landrat seine Amts- und Gemeindevorsteher anweisen, der arbeitenden Bevölkerung bei Ausübung ihres Vereins- und Versammlungsrechtes keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wir versprechen dem zürnenden Herrscher von Marienburg in wenigen Jahren gesittete Untertanen.

Danzig-Land.

Zur Stichwahl.

Die Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei veröffentlicht in der Freisinnigen Zeitung folgenden Aufruf:

An die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei! Die Hauptwahl am 12. Januar hat eine endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichstages nicht gebracht. Das Ziel des Wahlkampfes, die Zertrümmerung des schwarzblauen Blocks, ist auch bei den Stichwahlen fest im Auge zu behalten. Die erste Aufgabe ist überall die Förderung der eigenen Partei. Die mit uns verbündete nationalliberale Partei ist gegen jeden Gegner zu unterstützen. Im übrigen gilt die Losung: Keine Stimme für ein Mitglied der deutsch-konservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung oder einer anderen antisemitischen Gruppe. Auf zur Wahl! Die reaktionäre Mehrheit darf nicht wiederkehren.

Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei.

Ohnmächtige Wut

durchzittert das letzte Flugblatt, das die Konservativen in unserem Kreise verbreiten.

Wieder, wohl zum tausendsten Male, wird die Sozialdemokratie als Feinderin der Arbeiterversicherung gesetze hingestellt. **Wie elend dabei gelogen wird,** beweist die Haltung unserer Genossen im Reichstage, die allein bei der Beratung der letzten Reform der Reichsversicherungsordnung **über 200 Verbesserungsanträge** stellten und auch die Herabsetzung des Alters zum Bezug von Altersrente von 70 auf 65 Jahre beantragten.

Diese konkreten Anträge stimmten die Schwarzblauen brutal nieder.

Eine Lüge ist es, daß die Sozialdemokratie gegen die Interessen der Landarbeiter handele. Die Sozialdemokratie beantragte im Reichstage **das Wahlrecht für die Landarbeiter** in den Landkreisen. Die Schwarzblauen stimmten diesen Antrag nieder.

Eine Lüge ist es, daß die Sozialdemokratie den Landarbeitern das Wenige, das sie sich eigen nennen, nehmen will. **Die Sozialdemokratie will in Wahrheit nicht,** daß einzelne **Großgrundbesitzer** von mehreren Tausenden der Allgemeinheit bis **55 Quadratmeilen** Land besitzen und daß dafür Millionen obdachlos und **heimatlos sind.**

Eine Lüge ist es, daß die Sozialdemokratie den schlachtreifen **Vieh** aus dem Auslande einführen will. **Die Sozialdemokratie will,** daß alles Vieh, das aus dem Auslande kommt, **sofort an der Grenze aufs sorgfältigste auf seinen Gesundheitszustand untersucht** wird.

Eine Lüge ist es, die Sozialdemokratie für das verderbende Massenelend verantwortlich zu machen. **Die Junker holen jährlich hunderttausende billigere Arbeiter aus dem Auslande** nach Deutschland, um durch ihre Löhne der deutschen Arbeiter zu drücken. Dadurch werden deutsche Arbeiter brotlos und elend gemacht.

Eine Lüge ist es, daß die Sozialdemokratie den Zuchthausstaat erstrebt. [illegible] **die Schwarzblauen** verlangen, das Strafgesetzbuch in [illegible] organisierte Arbeiter, die ihre Löhne verbessern wollen, **mit hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren,** mit lebenslänglichem Ehrverlust, Polizeiaufsicht und Kostenziehung bestraft werden können. Solch ein Zuchthausentwurf ist schon fix und fertig ausgearbeitet. Die Schwarzblauen wollen ihn im Reichstage [illegible], wenn sie durch die Stichwahlen [illegible] haben.

Eine Lüge ist es, daß die Sozialdemokratie in Frankreich und andern Ländern [illegible] gemacht hat. **Alle Kundgebungen** der Weltgeschichte kommen auf das Konto der **kapitalistischen und junkerlichen Klassen.** Wenn ich daß konstatiere, [illegible] der König [illegible] Throne [illegible] Russland den Zaren [illegible] Friedrich [illegible] Verbrechen [illegible] Polen, Franzosen und Oesterreicher [illegible].

Eine Lüge ist es, die Sozialdemokratie als Feindin der Religion hinzustellen. Unser [illegible] erklärte auf dem Parteitag in Mainz: **„das ist unsere heilige Ueberzeugung, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben.“** [illegible] **Großkapitalismus** [illegible]

Eine Lüge ist es, [illegible] die Proletarier [illegible] die Großgrundbesitzer. Sind egoistisch, brutal, rücksichtslos und herrisch. [illegible]

Haben, die verwalten

[illegible] **Mk.** [illegible] **Mark.**

[illegible] **Mark.**

[illegible] **Mark.**

[illegible] **Mk.** [illegible] **Mk.**

[illegible] **Mk.** [illegible] **Mk.**

[illegible] **Mk.** [illegible] **Mk

Bewegung in Schlochau-Flatow. Während noch bei den Wahlen von 1903 der Antisemit Böckler in der Hauptwahl 6956 Stimmen erhielt und in der Stichwahl dann mit 13 298 Stimmen gewählt wurde, brachte jetzt 9 Jahre später, sein Nachfolger, der Werwolf Sedlatzek, nur 1162 Anhänger an die Urne. Und das trotz seiner 80 Versammlungen und seiner durch keinerlei Gewissenbedenken angekränkelten Agitation. Herr Sedlatzek wird ein zweites Mal nicht mehr wiederkommen! So sehr alle andern Parteien auch sich feindlich gegenüberstehen — über die Vernichtung der antisemitischen Giftpflanze dürften sie alle einer Meinung sein.

805 Stimmen hat unser Genosse Broßwitz nach den amtlichen Feststellungen erhalten. Das sind 23 mehr, als anfänglich gemeldet wurden.

Wegelagerer überfielen in der Nähe von Sittnow den Schmiedemeister Kujath, schleppten ihn in ein Gebüsch und suchten ihn zu berauben. Auf das verzweifelte Geschrei des Opfers eilten zwei Besitzer die gerade des Weges dahergefahren kamen, dem Überfallenen zu Hilfe. Jetzt flüchteten die Räuber und ließen den Schmiedemeister schwer verletzt auf dem Platze. Etwas nennenswertes hatten sie jedoch nicht erbeutet.

Thorn.

Der Bahnhof Culm soll in diesem Jahre erweitert werden, wie die Provinzzeitungen melden. Da aber für diesen Zweck nur 50 000 Mark im Staatshaushaltsplan vorgesehen sind, kann die Erweiterung nicht besonders umfangreich sein.

Bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse siegten in der 1. Klasse der Arbeitnehmer mit 72 Stimmen die Kandidaten der freien Gewerkschaften. Die Gegner, die „gemeinsamen deutschen Kandidaten", brachten es nur auf 62 Stimmen. Die 2. Klasse eroberten die Polen mit 163 Stimmen gegen 93 Stimmen der freien Gewerkschaften. Die „gemeinsamen Deutschen" bekamen hier 45 Stimmen.

Jastrow.

Wenn das nicht zieht. . . Kaisers Geburtstag will der Männer-Turn-Verein Jastrow feiern. Und das kündigt er in folgendem schwungvollen Inserat an:

Sonntag, den 21. Januar, abends 8 Uhr
in der Turnhalle
große öffentliche Feier
des Geburtstages Sr. Majestät Kaiser Wilhelms II.
und des 200. Geburtstages Friedrichs des Großen.
1. Teil.
1. Männer-Gesangverein: Waffentanz.
2. Prolog.
3. Ansprache und Kaiserhoch.
4. **Wettstreit um den Ruhm Friedrichs des Großen.**
Personen: Beamter, Offizier, Gelehrter, Theologe, Wirt, ein Mädchen. Die Darsteller treten in der Tracht zur Zeit Friedrichs des Großen auf.
5. **Lebende Bilder** aus dem Leben Friedrichs des Großen.
2. Teil.
Turnerische Vorführungen des Männer-Turn-Vereins.
3. Teil.
Geselliges Beisammensein und Tanzkränzchen.
– Tanzgeld für Nichtmitglieder 75 Pf. –
Mitglieder des M. T. V. haben freien Zutritt.
Nichtmitglieder zahlen 20 Pfennig Festbeitrag.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Wird der alte aber Fritz lachen müssen, wenner am 21. Januar auf das Gewimmel der Jastrower Turner hinabblickt.

Auf dem Gut Wilhelmhof verunglückte ein junger Mann von 17 Jahren an einer Maschine. Er erlitt außer Verletzungen der Arme und Beine eine schwere Kopfwunde.

Zoppot.

Der Magistrat sendet uns folgende Berichtigung:

Die in der am 3. dieses Monats erschienenen Nummer Ihrer Zeitung unter der Rubrik „Zoppot. Wie ein schlecht angebrachter Scherz usw." gebrachte Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuchen wir daher um Aufnahme der nachfolgenden Berichtigung.

Der vom 16. Dezember vergangenen Jahres datierte Bescheid auf die am 13. desselben Monats hierselbst eingegangene Anfrage des Bildhauers Rilk ist wegen des dazwischen liegenden Sonntags zwar erst am Montag, den 18. desselben Monats, aber frankiert zur Post gegeben. Der Brief kam als unbestellbar zurück, weil infolge der undeutlichen Unterschrift in der Eingabe die Adresse „An den Bildhauer Herrn Riek" (statt Rilk) hier Danzigerstraße 106 lautete.

Nach Ermittelung des richtigen Namens und Richtigstellung der Adresse ist darauf der Brief wiederum frankiert und zur Post gegeben worden. Die Schuld an der verspäteten Aushändigung liegt sonach lediglich an der undeutlichen Schreibweise des Namens des Einsenders.

Zoppot, den 13. Januar 1912.

Der Magistrat.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Ohra. Bei den diesjährigen Gemeindewahlen hat Ohra 3 Vertreter zu wählen.

Dirschau. Auf einer Schlittenfahrt nach Hoch-Stüblau erfror der Einwohner Chikowski aus Dobrik.

Pr.-Stargard. Beim Fischen ertrank im Svengawsker See der Arbeiter Bruskowski.

Aus der Partei.

Über Bömelburgs Befinden ist im Grundstein folgende traurige Mitteilung zu lesen. Nach weiteren Gutachten des Direktoriums der Jenaer Nervenklinik muß eine Gesundung unseres Verbandsvorsitzenden als ausgeschlossen gelten. Eine weitere Behandlung in der Klinik wurde als zwecklos erklärt. Der Verbandsvorstand hat daraufhin in der vorigen Woche den Kollegen Bömelburg nach Hamburg übergeführt und ihn vorläufig in einem Krankenhause untergebracht. Ob er dort bleiben kann, oder welche weiteren Maßnahmen notwendig sind, ist noch nicht zu übersehen. Das Gutachten des Geheimrat Binswanger lautet wie folgt: „Herr Theodor Bömelburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, befindet sich seit dem 3. Oktober 1911 in der Nervenabteilung der hiesigen Klinik. Er leidet an einer schweren organischen Erkrankung des Gehirns und Rückenmarkes, die bereits zu dauernden schweren geistigen Störungen geführt hat. Selbst wenn in dem Leiden ein längerer Stillstand (Remission) eintreten sollte, so wird ein dauernder geistiger Defekt bestehen bleiben, welcher Herrn Bömelburg unfähig macht, seine frühere Tätigkeit jemals wieder aufzunehmen.

Der Direktor der psychiatrischen Klinik: Binswanger."

Soziales.

Von unseren Garde-Kavallerie-Regimentern.

1. Leutnant im 1. bayer. Schw. R.-Rgt., Eberhard Graf Wolffskeel von Reichenberg, kgl. bayer. Kammerjunker, Sohn des Oberstthofstallmeisters und Oberstlandstallmeisters Grafen Wolffskeel in München, bekam seinerzeit vom Ehrenrat des 1. Schweren Reiter-Regiments den schlichten Abschied wegen Fahnenflucht und Heirat ohne Konsens mit Marietta Olly, Stallstin des Gärtnertheaters.

Heute ist der Herr wieder Leutnant in einem rein adeligen pommerschen Ulanen-Regiment Nr. 9 in Demmin (Pommern). Er hat nun wieder geheiratet, und war vor einem halben Jahr in der Wochenschrift „Wort im Bild" mit seiner neuen Gemahlin, einer preußischen Baronin, photographiert. Er ist nun zum Großen Generalstab nach Berlin kommandiert, und zwar, ohne daß er die Akademie besucht hat. Für den gewöhnlichen Soldaten und Offizier steht auf Fahnenflucht: Festungshaft (-Gefängnis) von 6 Monaten bis zu 2 Jahren (§ 70 der Disziplinar-Strafordnung für das Heer). „Schon der Versuch ist strafbar," schreibt das Militärstrafgesetzbuch; „daneben ist noch auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu erkennen." (§ 74.) „Es muß auf Degradation erkannt werden," schreibt das Gesetz weiter. Wie kommt es nun, daß dieser Herr preußischer Offizier ist? Was wäre mit dem Reiter Meier oder Leutnant Huber bei gleichem Regiment passiert? Man staunt, was der allmächtige Papa, Oberstthofstallmeister der Krone Bayern, alles fertig bringt, und was das Söhnchen alles vollbringen darf und doch Mitglied des „ersten Standes", ehrengeachtet und stolz und ehrlich bleiben darf, während der Gemeine Huber nicht die Farben seines Heimatlandes tragen darf und unwürdig der Kokarde befunden wird. Und diese Herren trugen die Uniform des Regiments, mit der bayerische Prinzen durch a la suite-Stellung geehrt werden sollen.

2. Graf Drechsel, Oberleutnant im 1. Schweren Reiter-Regiment, Sohn des Reichsrates Grafen Drechsel, verführte vor zehn Jahren die 14jährige Tochter eines reichen Gewerbsmannes in München. Wegen Verführung einer Minderjährigen erfolgte schlichter Abschied. Bekannt ist die Alternative des gekränkten Vaters: „Heiraten oder einspirr'n, Herr Graf. Geld haben wir selber." Da die Abfindungssumme ausgeschlagen wurde, mußte der Graf das Mädchen heiraten.

* * *

Treffliche Stimmungsbilder zu den kommenden Militärvorlagen, von denen die Fortschrittler und Nationalliberalen „alles Notwendige" bewilligen werden — wenn sie Gelegenheit dazu bekommen!"

Gewerkschaftsbewegung.

Ein neues Organ für Arbeiterrecht

gibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Beilage des Correspondenzblattes heraus. Die erste Nummer liegt der Nr. 2 des Correspondenzblattes bei. Das Bedürfnis nach einem solchen Organ wurde schon seit Jahren in den Kreisen der Arbeitersekretäre und Auskunftserteilenden der Gewerkschaften, sowie der Arbeitervertreter in der Arbeiterversicherung und in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sehr lebhaft empfunden. Der Wunsch nach der Schaffung eines neuen selbständigen Organs, das die Praxis des Arbeiterrechts auf allen Gebieten erläutert, die wichtigeren Urteile und Urteilsgründe registriert und einer sozialen Rechtsauffassung die Wege ebnet, konnte indes seither nicht befriedigt werden, weil der Inhalt eines solchen Blattes auch für alle Gewerkschaftsvertreter von hohem Interesse war und der Abnehmerkreis desselben sich daher im wesentlichen mit dem des Correspondenzblattes gedeckt haben würde. Es wurde deshalb versucht, durch das Correspondenzblatt selbst, solange es mit seinen allgemeinen Aufgaben zu vereinbaren war, auch in den speziellen Bedürfnissen der Arbeitersekretäre und der in der Praxis des Arbeiterrechts tätigen Arbeitervertreter gerecht zu werden, bis schließlich das enorme Anwachsen des Stoffes eine Erweiterung unumgänglich notwendig machte. So entschloß sich die Generalkommission, zugleich einem Wunsche der zweiten Konferenz der Arbeitersekretäre 1911 zu Dresden entsprechend, zu der Herausgabe einer Arbeiterrechtsbeilage, die vorerst monatlich einmal im Umfange von acht Seiten, später nach Bedarf in größerem Umfange erscheinen soll.

In dem neuen Blatt sollen die Gebiete der Arbeiter-, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, des Preßrechts, des Strafrechts und des Zivil- und Strafprozeßwesens sowohl durch Genossen, die in der Praxis des Arbeiterrechts tätig sind, als auch durch Sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die Arbeiterrechtsbeilage soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrechts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im Correspondenzblatt selbst erörtert werden.

Die Nr. 1 bringt außer einem Einführungsartikel eine Arbeit von Rechtsanwalt Dr. H. Sinzheimer Frankfurt a. M. über „Tarifvertragspflichten", eine Information über die neuen Vorschriften der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung, eine übersichtliche Darstellung der Rechtsprechung bei entschädigungspflichtigen Handverletzungen, sowie eine Reihe interessanter Entscheidungen aus der Praxis der Unfall- und Krankenversicherung, der Gewerbegerichte, des Vereinsrechts und des Haftpflichtgesetzes.

Ostpreußischer Amtsvorsteherkampf.

Endlich entdeckt hat der Kgl. preuß. Amtsvorsteher in Ruß (Ostpreußen), wie mit einem Schlage dem Entwicklungsgang der verhaßten Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden kann.

Im April 1911 wurden anläßlich einer Agitation unter den Fabrikarbeitern in Ruß die Genossen Wollermann-Bromberg und Götze-Tilsit verhaftet und 18 Stunden hinter Schloß und Riegel gehalten. Längere Zeit nachdem erhielten beide ein Strafmandat über 18 Mark. Götze sollte die Strafe zahlen, weil er Beiträge und Eintrittsgelder von Leuten angenommen, welche noch nicht Mitglieder des Verbandes waren; Wollermann, trotzdem er keine Mitglieder aufgenommen, sollte auch 18 Mark bezahlen, weil er sich in Gesellschaft von Götze befand. Selbstverständlich wurde gegen diese unglaublichen Strafbefehle Einspruch erhoben. Am 14. November wurden dann beide Uebeltäter vom Schöffengericht in Ruß freigesprochen; die Kosten fielen der Staatskasse zur Last. Der Scharfsinn des Amtsvorstehers, welcher die Klage als Amtsanwalt vertrat, geht jedoch weiter. Er legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. In dieser heißt es u. a., daß nach der Verordnung des Oberpräsidenten vom 12. April 1877 in dem Vorgehen der beiden Genossen die Abhaltung einer Kollekte zu erblicken ist. Somit steht zu erwarten, daß die Staatskasse, d. h. die Staatsbürger, noch mehr belastet wird. Bezeichnend ist noch, daß der Amtsvorsteher, nachdem die Verhaftung stattgefunden, alle Aufnahmescheine von den beigetretenen Mitgliedern unserm Kollegen Götze abnahm, die Leute amtlich vorladen ließ und **ihnen das Eintrittsgeld aus dem Portemonnaie des Kollegen Götze, welches er sich auch angeeignet hatte, zurückliefern wollte.** Leider verweigerten die Arbeiter die Annahme des Geldes.

Gerichtliches.

Die Prügeleien eines Schullehrers beschäftigten das Reichsgericht. Das Landgericht Mainz hatte am 12. August den Lehrer Peter Mauer wegen Vergehens im Amte in neun Fällen zu einem Gesamtstrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt. Mauer ist seit zwei Jahren Lehrer an der Schule in Ludwigshöhe. Ihm ist zur Last gelegt worden, sich Ende 1910 und Anfang 1911 eines Vergehens im Amte dadurch schuldig gemacht zu haben, daß er in wenigstens neun Fällen sein Züchtigungsrecht an den ihm unterstellten sieben bis zehn Jahre alten Schülern überschritt. Dem einen hatte er mit dem Stock über den Kopf geschlagen, einem andern die Ohren blutig gerissen, einem dritten hatte er ein Stück Kreide an den Kopf geworfen, so daß die Kinder mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen. Dem Schüler W. hatte er sogar eine hölzerne Pyramide an den Kopf geworfen, die dieser an Stelle eines Kegels versehentlich aus dem Schrank genommen hatte. Das Gericht hat in diesem Tun des Lehrers, der wegen Körperverletzung bereits vorbestraft ist, nicht eine Züchtigung, sondern eine grobe Mißhandlung der Schüler erblickt. Das Reichsgericht hielt die Revision des Angeklagten für unbegründet und erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Vermischtes.

Die 12 000 Messen und die Jungfern von Orb.

In dem hessischen Städtchen Bad Orb hat der Stadtpfarrer Röhre den katholischen Jungfrauenverein zum Appell berufen und vor versammelter Mannschaft — Pardon! Jungfrauenschaft — eine Rede gehalten, in der er sagte: „Am 12. Januar werden im Deutschen Reich 12 000 heilige Messen gelesen. Glaubt Ihr nicht, daß dann das Zentrum siegt? Und das sag' ich Euch: wenn eins von Euch Mädchen weiß, daß sein Vater oder Bruder nicht dem Zentrumskandidaten seine Stimme gibt, sondern einen andern wählt, dann müßt Ihr dafür sorgen und alle Mittel anwenden, daß er von der Wahlurne fernbleibt; denn nur so ist es möglich, daß das Zentrum vor den anderen Parteien nicht unterliegt."

Bad Orb gehört zum Wahlkreis Hanau-Gelnhausen, und da ist der Sozialdemokrat Hoch gewählt. Demnach hätten die 12 000 heiligen Messen nichts genützt, auch nicht die Gebete der Jungfrauen, auch nicht ihre Vorstellungen bei Vätern und Brüdern. Man weiß ja, wie Väter und Brüder sind — grob und barsch gegen die jungfräuliche Tochter oder Schwester. Der Herr Stadtpfarrer hat nicht das Richtige getroffen. Er hätte die Jungfrauen auffordern müssen, auf ihre Liebsten einzuwirken. Da ist noch eher etwas zu machen. Aber eben — solch Zölibatär kennt nicht die Macht der Liebe! Ein Glück für Hoch! . . .

Pause im Kampf!

Wir drangen vor! In wucht'gem Massentritt
Marschierte vorwärts unser Heer
Und rückte in die neue Stellung ein,
Die es erkämpft mit blanker Wehr.
Wir brachen sieghaft harten Widerstand
Und Jubelruf erschallt durch's deutsche Land.

Nun eine Pause! Die durchmess'ne Bahn
Noch einmal überschauen wir.
Das war ein heißes Ringen! Ruhmbekränzt
Ist wieder unser rot' Panier,
Und stolz auf neuer Veste ragt es jetzt . . .
Wir haben unser Wollen durchgesetzt.

Ein Siegestag! Doch vor uns weit noch dehnt
Das Blachfeld sich. Zu neuem Streit
Gibt schon der nächste Morgen das Signal.
Die Rast ist kurz. Macht euch bereit!
Denn „weiter vorwärts!" dröhnt das Feldgeschrei,
Und „neuer Sieg!" die stolze Losung sei!

Humor und Satire.

Die Schlacht der Zukunft. Wir lesen in der Kölnischen Volkszeitung: „Dort auf jenem Hügel", so rief der General, der das Gelände mit dem Fernglas absuchte, „sehe ich dichte Schützenlinien. Warum wurden sie mir nicht gemeldet?" „Es sind Amateur-Photographen, Ew. Exzellenz", wandte der Adjutant ein. „Und jene Artillerie-Beobachtungsstände da drüben?" „Das ist die Kinematographen-Kolonne auf ihren Leitern", erklärte der Mann mit der Querschärpe weiter. „Halblinks ist eine starke Batterie von kurzen, anscheinend großkalibrigen Geschützen aufmarschiert?" fragte, durch die Görzprismen blickend, der Führer nochmals; „solche Kanonen führen wir doch nicht!" „Ew. Exzellenz haben ganz recht. Es sind die Grammophone und Phonographen zur Aufnahme des Schlachtengebrülls." Der General strich nachdenklich sich den martialischen Schnurrbart zurecht. „Na schön: dann können wir ja anfangen." . . .

Keine Wahlbeeinflussung. Der Täglichen Rundschau wird folgendes ergötzliche Geschichtchen aus dem Wahlkampf erzählt: In einem stramm konservativen Wahlkreis Norddeutschlands führte ein Fabrikbesitzer bei einer nationalliberalen Wahlversammlung den Kandidaten als ihm befreundet ein. Nach dessen Wahlrede nahte sich dem Fabrikanten ein Bäuerlein mit den Worten: Na, nu könnten Sie uns ooch 'n Achtel Bier spendieren. Darauf dieser: Das täte ich ja herzlich gerne, aber das darf ich doch nicht, das wäre ja Wahlbeeinflussung. Da meinte das Bäuerlein treuherzig: Wenn's wegen dem ist, dann können Sie es gut tun. Wir wählen Ihren Freund ja doch nicht.

Sozialdemokrat. Verein Elbing

Am Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr im [illegible]

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Wahlkampf.
2. Organisations- und Zeitungsfrage.

Der Vorstand.

Vergeudet nicht Eure freie Zeit!

Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!

DANZIG.

Bei Ed. Michaelsons Ww. Neufahrwasser Olivaerstr. 68 kauft man **Schuhe und Stiefel jeder Art** am billigsten und besten

Amtliche Bekanntmachung.

Da die Wahl zum Reichstage am 12. d. Mts. eine absolute Stimmenmehrheit nicht ergeben hat, so ist von den Herren Wahlkommissaren der Termin für die **engere Wahl** im II. Reichstagswahlkreise (Danzig-Land) sowie im III. Reichstagswahlkreise (Danzig-Stadt) **auf Montag, den 22. Januar d. Js.** festgesetzt worden. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr nachmittags geschlossen.

Die beiden Kandidaten, unter welchen die engere Wahl stattzufinden hat, sind

a) **für den II. Reichstagswahlkreis (Danzig-Land):**
1. Gewerkschaftsbeamter Julius Gehl in Bromberg,
2. Hofbesitzer Franz Doerksen in Wossitz;

b) **für den III. Reichstagswahlkreis (Danzig Stadt)**
1. Schriftsteller Friedrich Weinhausen in Steglitz,
2. Stadtverordneter Hans Marckwald in Königsberg.

Alle auf andere Kandidaten fallende Stimmen sind ungültig.

Die Wahlbezirke, Wahllokale, Wahlvorsteher und Wahlvorsteher-Stellvertreter bleiben dieselben wie für die Wahl am 12. d. Mts., bis auf die Bezirke 20, 47, 55, bei denen folgende Änderungen eintreten:

Bezirk 20. **Wahlvorsteher:** Kaufmann Max Hagendorff, Stadtgraben 14. Wahlvorsteher-Stellvertreter: Direktor Paul Meischer, Stadtgraben 14.

Bezirk 47. Wahlvorsteher-Stellvertreter: Kaufmann Erich Wanfried, Danzig Langfuhr, Hauptstraße 16;

Bezirk 55. **Wahlvorsteher:** Pastor Karl Scheffen, Rickertweg 11. Wahlvorsteher-Stellvertreter: Kaufmann Emil Tramborg, Blumenstraße 6.

Danzig, den 18. Januar 1912

1709 **Der Magistrat.**

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
1. Bezirk.

Am Freitag, den 19. Januar, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Schmidtke, Fischmarkt 6

Versammlung.

Bekanntmachung!
Groß. Schuhwaren-Lager und Schnell-Besohlanstalt
nur Kleine Mühlengasse, neben dem Pfarrhause,
besohlt u. repariert jed. Fußzeug.
Herrensohlen 2,00 ℳ
Damensohlen 1,25 ℳ
Empfehle mein Lager **moderner Schuhwaren** zu billigen Preisen
Jnh. Joh. Fortier.

Wählt bei Bedarf mein Kasiere-, Friser- u. Haarschneide-Salon **W. Schwichtenberg**, Baumgart G. 30. Ein Bartholomäikirchenschg. Zöpfe v. mitgebr. Haar w. s. angef. u. Puppenperücken.

Zwei anständige junge Leute finden gutes Logis, Altstadt. Graben 7–8.

Frei
steht jedem Abonnenten der
Volkswacht
pro Monat ein
zweizeiliges
Inserat

Reichstagswähler von Danzig-Land!

Sonntag, den 21. Januar 1912 finden in nachfolgenden Orten

14 große Wählerversammlungen statt.

Bürgerwiesen	bei Herrn Herzog	nachmittags 3 Uhr
Brentau	bei Herrn Kohnke	nachmittags 2 Uhr
Heubude	bei Herrn Kanthack	nachmittags 3 Uhr
Krakau	bei Herrn Thomas	nachmittags 5 Uhr
Lauenthal	bei Herrn Siebert	nachmittags 4 Uhr
Nickelswalde	bei Herrn Florinski	nachmittags 4 Uhr
Ohra	bei Herrn Holz	nachmittags 3 Uhr
Östlich-Neufähr	bei Herrn Wegner	nachmittags 3 Uhr
Pasewark	bei Herrn Milz	nachmittags 4½ Uhr
Prinzlaff	bei Herrn Pfister	nachmittags 4½ Uhr
Schnakenburg	bei Herrn Hein	nachmittags 3½ Uhr
Steegen	bei Herrn Claaßen	nachmittags 4 Uhr
Stutthof	bei Herrn Schöler	nachmittags 1 Uhr
Weichselmünde	bei Herrn Mann	nachmittags 1 Uhr

Tagesordnung:

1707

Ein letztes Wort vor der Entscheidung.

Referenten: **Adam, Brill, Crispien, Fooken, Fründel, Gehl, Grünhagen, Reek, Sickfeld, Schnell, Treder.**

Wähler, erscheint **alle** in den Versammlungen, es gilt einen letzten Appell abzuhalten vor der großen Entscheidungsschlacht. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat bereits mobil gemacht und ein schändliches Flugblatt gegen uns verbreiten lassen. Gebt ihm die richtige Antwort dafür. Erscheint in Massen, beteiligt Euch an unserer Flugblattverbreitung, stellt Euch zur Wahlarbeit zur Verfügung. **Die Stichwahl ist am Montag, den 22. Januar von 10 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Nach 7 Uhr darf nicht mehr gewählt werden.**

Wähler aus der Niederung, die Ihr in Danzig arbeitet, übt erst Euer Wahlrecht am Montag aus bevor Ihr zur Arbeit nach Danzig fahrt. Auf jede einzelne Stimme kommt es an.

Auf zum Sieg! Nieder mit den Konservativen!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. A.: Arthur Brill.

ELBING.

Spezialhaus
für
Arbeitergarderobe
Manufakturwaren, Leinen und Konfektion
von
A. Haustein
en gros **ELBING,** Brückstraße 1—2 en detail
empfiehlt zu bekannt **billigen Preisen und reellster Bedienung:**

Arbeiter-Jacken und -Hosen in allen Formen u. Größen
von Flint, Cheper, Leinen, Haustuch, Drell, Backskin, Zwirnstoff, Cordsamt, Ripsköper usw.

Großes Lager bestgereinigter Bettfedern u. Daunen
ausgezeichnet durch **große Preiswürdigkeit. Füllkraft und Haltbarkeit.** 331

Federdichte Einschüttungen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten in Breiten dazu passende
Bettbezüge in den schönsten Mustern.

Blaue Rabattmarken.

Einzig in Elbing! Alter Markt 52
95 Pf.-Bazar 95 Pf.
Riesenauswahl in 1187
Wirtschaftswaren : Luxuswaren : Bijouterien
Lederwaren .. Figuren .. Vasen .. Nippes
Büsten .. Spiegel .. Bilder .. Paneele .. Handtuchhalter etc. Täglich Eingang v. Neuheiten

Auf
Kredit
Möbel
Herren- u. Damen-Garderobe
liefert
Blumenreich
DANZIG
Breitgasse

Schuhwaren
Geschw. Salinger
ELBING, Alter Markt 37

Billig und gut
ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Elbinger Hausfrauen!
bevorzugen das Braunbier
aus der Bierbrauerei von
Rudolf Ullrich
Die Qualität ist immer gleichmässig und gut.

Zeitungs-Trägerinnen
werden gesucht
Expedition der Volkswacht
Danzig, Breitgasse 32.

ELBING.

Sie geht gut!

Uhren und Goldwaren
Ketten :: Ringe
Gestempelte Trauringe
in allen Preislagen
Reparaturen, wie bekannt nur in saubersten Ausführung 1607
Wilh. Link, Uhrmachermeister.
Fernruf 563. ELBING Fischerstr. 36.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Elbing.

Das gesündeste Kindermehl ist Hafermark Malzkaffee in Milch gekocht.

Ein Versuch macht 6!

2. Beilage zur Volkswacht

Nr. 7. | Danzig, den 20. Januar 1912 | 3. Jahrgang.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Was hat die Sozialdemokratie im letzten Reichstage positiv geleistet?

Die Sozialdemokratie trat ein:

Für die Erhöhung der Mannschaftslöhne.
Für die Kriegsveteranen.
Für Unterstützung bei militärischen Uebungen im Frieden.
Gegen die Soldatenmißhandlungen.
Für die internationale Verständigung aller Völker.
Für den Schutz der Eingeborenen in den Kolonien.
Für die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.
Für die Mitbestimmung des Reichstags bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.
Für die elsaß-lothringische Verfassungsreform.
Gegen den Zollwucher.
Für die Deckung der militärischen Kosten aus den Taschen der zahlungsfähigen Reichen.
Gegen die Lebensmittelverteuerung.
Für eine gerechte und durchgreifende Erbschaftssteuer.
Für eine progressiv steigende Einkommensteuer.
Für die Versicherung der Privatangestellten.
Für die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.
Gegen den Bauschwindel.
Für durchgreifenden Arbeiterschutz.

Immer, wo Volksrechte in Frage kamen, stand die Sozialdemokratie ihren Mann! Wer es daher ehrlich mit dem Volke meint, **der wählt bei der Stichwahl den Kandidaten der einzigen Volkspartei, die es gibt, den**

Kandidaten der Sozialdemokratie, Redakteur

Hans Marckwald.

Torenart.

So klein wie der Sand, so klein der Verstand
Bei engbegrenzten Geistern;
Nicht gleich wurden alle mit Einsicht begabt,
Verschieden ist alles auf Erden.
Edda, Hawamal.

Mit zu dem Kläglichsten gehört die Geschichte des deutschen Liberalismus. Weil das Bürgertum nicht fähig war, sich ein großes Ziel zu stecken und diesem ohne Rücksicht auf den augenblicklichen Erfolg nachzustreben, konnte ein gesunder Liberalismus nicht entstehen. Hier ein Konzessiönchen gemacht, um ein Mandatchen zu ergattern und dort das Programm ein wenig nach rechts revidiert, damit Herr Y. Mitglied werden und Herr Z. nicht aus der Partei austreten durfte. Dann wieder einmal um einen Orden gebettelt und ein andermal beim Minister zum Souper gegangen: So ward der Liberalismus so senil, daß es ihm heut unfaßbar ist, daß eine Partei auch konsequente Politik treiben kann. Die freisinnige Danziger Zeitung weint heiße Tränen, daß unsere Elbinger Genossen nicht den freikonservativen Forstrat unterstützen. Nachdem das Blatt unsere Stichwahlparole mitgeteilt hat, fährt es fort:

> In Elbing-Marienburg stehen zur Stichwahl bekanntlich Herr von Oldenburg, der bei der Hauptwahl mit Unterstützung des Zentrums 10560 Stimmen erhielt, und der auch von den Liberalen unterstützte freikonservative Forstrat Schröder (Kandidat des Vaterländischen Wahlvereins) mit 8190 Stimmen. Allem Anscheine nach wird dort also die Sozialdemokratie das Zünglein der Wage bei der Stichwahl bilden. Die ausgegebene Nichtwahl-Parole zeigt das schöne „staatsmännische" Schauspiel, daß die am weitesten links stehende Partei die Wahl des am weitesten rechts ihr gegenüberstehenden Kandidaten durch ihre Stimmenthaltung begünstigt. Ganz neu ist das Verfahren allerdings nicht, denn in Danzig haben wir vor etwa zwei Jahr ehnten es auch schon erlebt, daß bei einem Stichwahlkampfe zwischen dem freisinnigen Arbeiterfreunde Rickert und einem stramm konservativen Gegner ein großer Teil der Sozialdemokraten dem Schicksale die Entscheidung überließ. Aber damals scheute man doch wenigstens die öffentliche Ausgabe einer solchen Parole. Jetzt sind die „Politiker" der äußersten Linken schon weit – fortgeschritten.

Nach der Danziger Zeitung also ist der ein Staatsmann und ein Politiker, der auf der äußersten Linken stehend, einem freikonservativen Unterstützung leiht, weil ihn ja bereits die Liberalen unterstützen. Mag dieser freikonservative Kandidat sich für Zuchthausgesetze und Schutzzollpolitik erklärt haben, mag er gegen Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen ist und am Gängelbande einiger Millionäre tanzen – das stört einen unentwegt Freisinnigen nicht. Wenn der nur ein paar schöne Worte hört, dann wählt er nationalliberal, antisemitisch oder „frei"konservativ. Ja, wenns sein muß, den Teufel und seine Großmutter. Und solche politische Eintagsfliegenpolitiker wundern sich, daß sie von keinem ihrer Gegner gefürchtet werden und daß sie es nie zur politischen Macht bringen.

Na natürlich. Für den freikonservativen Junker-Landrat von Schwetz tritt die Danziger Zeitung selbstverständlich auch ein. Nachdem sie die Stichwahl mitgeteilt hat, bringt sie in Fettdruck: Deutsche auf! – So hetzt man die Besitzlosen deutscher und polnischer Zunge zusammen und währenddem sie miteinander raufen, lachen sich die Besitzenden ins Fäustchen, ob es nun Polen oder Deutsche sind.

Freisinnige Sozialpolitik. So wenig man bei dem speziell großkapitalistischen Charakter des Freisinns auf wirklich der Arbeiterschaft nützliche Maßnahmen rechnen darf, so sollte man doch wenigstens glauben können, daß er sie zur Wahlzeit nicht etwa mit hohlen Phrasen abspeisen würde. Wo selbst die Linke sich zur Rettung des börsenfreisinnigen Mandats, trotz der Reklame-Neutralität als freiheitlich-nationaler Arbeiterschutz maskieren müssen, sollte der Freisinn doch wenigstens diese Helfershelfer den Anschein eines Trinkgeldes übrig lassen. Doch weit gefehlt. Die Danziger Zeitung wußte wohl noch kurz vor der Wahl, als noch die milde Witterung herrschte, von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu faseln. Der plötzliche aber andauernde Kälteumschlag hat dem maßlos arbeiterfreundlichen Blatt aber noch nicht eine Zeile zur Schilderung der bitteren Winternot der Armen abgerungen. Was kümmert die gottgewollte Not und der Hunger der Armen auch den Freisinn der Nutznießer der goldenen Börse. Wenn nur genug Arme, genügend Dumme bleiben, um sich durch demagogischen Phrasenbrei zur Rettung des Börsenmandats bei der Reichstagswahl einfangen zu lassen, so pfeift er auf alle Sozialpolitik.

Schließlich gehen die freisinnigen Sachwalter im Magistrat als Vertreter des glorreichen Allgemeinwohls aber doch nicht gefühllos an der Not der Proletarier vorüber. Der freisinnige Stadtrat Toop hat sein sozialpolitisches Verständnis zuletzt noch sehr wirksam durch die Verherrlichung der gelben Unternehmerknechte bewiesen. Derselbe Herr beendete am 13. Januar in der vornehmen Viktoriaschule einen Zyklus über Wohlfahrtspflege. Natürlich vertrat der amtliche Sozialpolitiker des Danziger Freisinnsmagistrats in seiner sehr angenehmen Umgebung nur die fortschrittlichsten sozialen Gesichtspunkte. Sein letztes Thema war die nichtamtliche, also private Wohlfahrtspflege. Seine Hauptaufgabe sah er darin, davor zu warnen, daß die Armen durch Inanspruchnahme der privaten Hilfe den Unterstützungsanspruch in Danzig erwerben könnten. Weil es nach Ansicht des Herrn Stadtrats Arme gibt, die dem Elende, dem sie auf dem Lande ausgesetzt sind, durch die Flucht in die Stadt entgehen wollen, deshalb soll die private Fürsorge sich stets mit dem Magistrat verständigen, um sie rechtzeitig abschieben zu können!

Diese sozialpolitische Freisinnigkeit ist wirklich des Schweißes der Edeln wert. Wo so warmherzig und human das Wohl der Armen gefördert wird, da gibt es gewiß keinen unwahreren Vorwurf, als den der Klassenherrschaft und Brutalität der Besitzenden. Mögen die Arbeiter sich aber zur Stichwahl die Tatsache fest einprägen, daß im Rathause der freisinnigen Volksfreundschaft im grimmigsten Winter als dringendste Aufgabe die angesehen wird, die Armut nach Möglichkeit auch noch der privaten Hilfe zu berauben.

Ueber das Wahllokal des 11. Bezirks in der Volksschule auf dem Johannis-Kirchhof sind uns lebhafte Klagen zugegangen. Der Zugang erfolgt von der Neunaugengasse über den Hof der St. Johanniskirche. Dieser ist von der Straße durch eine Mauer getrennt und wird abends nicht beleuchtet. Nach Eintritt der Dunkelheit ist es dort stockfinster. Die Wähler konnten dort nur mühsam den Zugang zu dem Wahllokal finden. Dazu stolperten viele über die Stufen, die in den Hausflur der Schule führen. Bei der Glätte war der Weg besonders für alte Leute nicht ungefährlich. Davon mußte sich auch der Schutzmann überzeugen, der sich zeitweilig in der Schule aufhielt.

Wenn der Magistrat Lokale zur öffentlichen Benutzung anweist, so hat er auch die Pflicht, wenigstens die Gefahren für die Besucher zu verhindern, die sich ohne große Schwierigkeiten vermeiden lassen. Deshalb muß bei der Stichwahl unbedingt für die genügende Beleuchtung des Hofes und des Einganges zur Schule gesorgt werden.

Professor Dr. Schieler, der bis vor kurzer Zeit in Danzig freireligiösen Religionsunterricht erteilte, beschwerte sich beim Kultusminister gegen den Düsseldorfer Regierungspräsidenten. Der Präsident verweigerte Herrn Schieler die Erteilung der Erlaubnis, auch in Düsseldorf Religionsunterricht zu geben. Der preußische Kultusminister? Das dünkt uns so, als ob man den Teufel bei seiner Großmutter verklagt.

Eine Hundegeschichte. In einer hiesigen Zeitung fordert eine „Lehrmeisterin" durch Inserat zum Besuche des „Theaters der gelehrten Hunde" auf. Es heißt in der Einladung: „Die kleinen Hündchen haben sich zuletzt vor Ihrer Majestät der deutschen Kaiserin, den Prinzen und Prinzessin produziert. In jeder Vorstellung Vorführen des Hundes Herr Prof. Weis, der den Titel von Sr. Maj. König Albert von Sachsen bei einer Partie Domino erhalten hat."

Von dem Attentat auf die deutsche Sprache reden wir weiter nicht. Interessant ist die Mitteilung, daß sogar schon Hunde mit dem Titel Professor bedacht werden. Darin liegt eine, wenn augenscheinlich auch unfreiwillige, so doch sehr eindeutige Einschätzung des heiligen deutschen Professorenstandes. Uns kanns recht sein. Wie fremd manche Menschen den modernen Anschauungen gegenüberstehen verrät folgender Schluß in der kritisierten Anzeige: „Zu diesen interessanten Vorstellungen ist **ein hoher Adel** und geschätzte Bürgerschaft mit ihren werten Familien höflichst eingeladen."

Wenn wir das lesen, erstehen vor unserem geistigen Auge jene mittelalterlichen Schaubuden, deren Anreißer „einen hohen Adel und geschätzte Bürgerschaft" usw. usw. zu „sich entboten". Daß doch manches Ueberlebte so schwer stirbt.

Für das kommunale Klassenunrecht petitionierte die kommunale Organisation des Börsenfreisinns, der sogenannte Mieterverein an das Abgeordnetenhaus. Um die notwendige Reklame für die herbstlichen Stadtverordnetenwahlen zu machen, wünscht der Freisinnsverein die Abschaffung des Hausbesitzervorrechts für städtische Wahlen und eine andere Klasseneinteilung. Gegen die Herrschaft des Portemonnaies in der Kommune ist der freisinnige Verein also nicht. Nur den Einfluß der Hausagrarier will er etwas einschränken. Und diese Verhöhnung der Arbeitenden und Armen soll als Volksfreundlichkeit gelten. Die Petition bestätigt nur die arbeiterfreundliche Erklärung der Danziger Zeitung des Dr. Herrmann: Kein vernünftiger Liberaler ist für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf die Gemeinde. Rüsten wir schon jetzt, daß mit den freisinnigen Feinden eines wirklich freien und gerechten Wahlrechtes zur Gemeinde im Herbst so abgerechnet werden kann, wie sie es samt ihren Blockbrüdern im Rathause verdienen.

Danzig und der neue Etat. Im preußischen Etat für das Jahr 1912 sind folgende Forderungen für Anlagen im Bereich der Stadt Danzig vorgesehen: Für Errichtung eines Wasserbaulaboratoriums 125800 Mark; Beschaffung eines Versuchsbootes für die Schiff- und Maschinenbauabteilung der technischen Hochschule 10000 Mark; Beschaffung von Lehrmitteln 7450 Mark; Überdachung des östlichen Hofes der technischen Hochschule (Hauptgebäude) 32238 Mark; Erbauung eines Abstellbahnhofes, 1. Rate 150000 Mark; Erweiterung des Bahnhofes Danzig-Langfuhr, 1. Rate 300000 Mark; Erbauung einer Eisenbahn-Hauptwerkstätte bei Danzig, weitere Rate 2 Millionen Mark; Herstellung einer Wegunterführung in der Nähe von Langfuhr, 2. Rate 50000 Mark; Erbauung eines Geschäftsgebäudes für die Eisenbahndirektion, weitere Rate 500000 Mark; Erweiterung der offenen Lagerhalle an der Nordseite des Hafens in Neufahrwasser, Schlußrate 64000 Mark; Bau eines Geschäftsgebäudes der Weichselstromverwaltung 180000 Mark.

Städtische Finanzkünstler. Der Verbrauch von Gas, speziell von dem zu Koch- und Heizzwecken verwandten, ist im Vorjahre erheblich gestiegen. Der Magistrat will nun einen Einheitspreis von 14,5 Pfennigen pro Kubikmeter einführen und nicht mehr wie bisher Leuchtgas mit 17, Kochgas mit 13 Pfennigen pro Kubikmeter abgeben. Zur Begründung dieser Maßnahme gab der Magistrat eine Denkschrift heraus, in der er durch statistische Feststellungen nachweisen will, daß der neue Preis nur die leistungsfähigeren Kreise belastet. Vier Tabellen dienen diesem Zweck. Die 1. umfaßt Haushaltungen vom Karrenwall, die 2. solche vom Brunshöferweg. In der 3. sind Haushaltungen von Altst. Graben und der Lawendelgasse vereinigt, während die vierte Tabelle Schild, Brabank und Wallgasse umfaßt. Nach den Aufnahmen des Magistrats wird tatsächlich die Mehrzahl der Haushaltungen vom Karrenwall sich bei dem neuen Preis schlechter stehen. **Sonderbarerweise berühren sie sich darin aber mit denen aus dem Arbeiterviertel von Brabank.** Der Magistrat meint, die Mehrbelastung von durchschnittlich 1,30 Mark pro Familie und Jahr für die Gasverbraucher der letzteren Kategorie werde sich durch erhöhten Verbrauch von Leuchtgas und durch Minderausgabe von Petroleum ausgleichen. Wir möchten vorläufig noch daran zweifeln.

Weiter verspricht der Magistrat durch die künftige Vereinfachung der Kontrolle sich und damit dem Publikum bedeutende Ersparnisse. Die Gasanlagen in den Häusern würden künftig um 15 Prozent billiger werden. Das mag schon sein. Dann aber fährt die Denkschrift fort:

> Es ist nun noch auszuführen, welche Gründe für den Vorschlag eines Einheitspreises von 14,5 Pfennig für 1 Kubikmeter maßgebend sind, und welche Einwirkungen der Einheitspreis auf den Etat der Gasanstalten ausübt.
>
> Der rechnerisch ermittelte Durchschnittspreis, zu welchem Leuchtgas, Koch- und Heizgas abgegeben wurde, hat im Jahre 1910 **15 Pfennig betragen,** nachdem er vor der in diesem Jahre eingetretenen Erhöhung des Kochgaspreises von 12 auf 13 Pfg., im Jahre 1909 bereits 14,57 Pfennig betragen hatte. Würde nun der Durchschnittspreis als Einheitspreis gewählt, so ist klar, daß in der Einnahme kein Ausfall entstände, daß durch die Ersparnis an Gasmessern und die Vereinfachung der Verwaltung die Ausgaben verringert würden, **und so aus dem Gaswerk ein wesentlich höherer Beitrag dem Stadtsäckel zugeführt werden könnte.**

Da hat nun die Denkschrift so überzeugend und so schön acht Seiten lang erzählt, daß der neue Preis nur die reichen Leute belaste und die Minderbemittelten sich besser ständen, daß er den Konsumenten des Gases in ihrer Gesamtheit Scherereien abnehmen werde und der wirtschaftlichen Entwickelung des Gaswerkes neue Wege weisen solle. Und nun offenbart sich des Pudels Kern: **mehr Profit für den Stadtsäckel soll die Gasanstalt bringen!** Auf **32000 Mark** veranschlagt der Magistrat diesen, obwohl er die erzielten Ersparnisse vorsichtig gewertet hat, wie er hinterher bemerkt.

Damit stehen wir an dem Punkt, wo sich kapitalistische und sozialistische Gemeindepolitik scheiden. Wohl sind auch wir für den Einheitspreis, weil er einen technischen Fortschritt darstellt. In der kapitalistisch regierenden Gemeinde dient jedoch dieser Fortschritt zur Erzeugung von mehr Profit. Die sozialistische Kommune würde auf den Mehrgewinn verzichten und durch Herabsetzung des Preises eine weitere Ausdehnung des Konsums erstreben. Gaswerke, Wasserleitungen, Badeanstalten und dergleichen sind nicht zum Geldverdienen da. Sie sollen anständige Löhne zahlen, das in ihnen angelegte Kapital amortisieren und im übrigen zu den Selbstkosten zur Verfügung stehen. Nur so wird der Kulturgrad der Gesamtheit gehoben. Heut muß der Arme auf das Gaslicht verzichten, weil es ihm zu teuer ist, weil eben nach dem kapitalistischen Gesetz der Auer-Brenner dem zahlungsfähigen und die Petroleumlunzel dem Proletarier gebührt.

Wenn dann am Jahresschlusse der Etat mit einem erklecklichen Ueberschusse paradiert, bewilligen die braven Stadtväter das Geld zu Tennisplätzen und Gymnasiasten-Bootshäusern.

Mit der Verbreiterung des Hafenkanals Danzig-Neufahrwasser auf 100 Meter soll es nun Ernst werden. Dem Landtage ist eine Vorlage zugegangen, nach der als erste Rate für diesen Zweck 500000 Mark verlangt werden. Die ganzen Kosten sind auf 1782000 Mark veranschlagt, von denen die Firma Schichau 185000 Mk., die Stadt Danzig 100000 Mark und die Danziger Kaufmannschaft 65000 Mark beisteuern will. Außerdem ist die Stadt Danzig willens, das zur Durchführung des Unternehmens notwendige Gelände, das einen Wert von 9500 Mark besitzt, unentgeltlich herzugeben. Als Bauzeit sind drei Jahre vorgesehen.

Die Erbauung eines Krematoriums wird in allernächster Zeit die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

Von der elektrischen Straßenbahn wurde in der Halben Allee vor einigen Tagen ein Kutscher aus Ohra angefahren. Mit einer schweren Kopfverletzung schaffte man den Mann ins Städtische Krankenhaus, wo er am Mittwoch gestorben ist.

Im Gertruden-Hospital kam bei einem Stubenbrande das Fräulein Jaszembowski ums Leben. Eine andere Insassin, das 88jährige Fräulein Eggert, mußte infolge einer schweren Rauchvergiftung ohnmächtig ins Krankenhaus überführt werden.

Hungernde Kinder. Immer wieder mußte den Verteidigern der kapitalistischen Raubtierpolitik die Schande ins Gesicht gepeitscht werden, daß im herrlichen „Nordischen Venedig" mehr als 2000 Kinder hungernd zur Schule gehen müssen.

Jetzt kommt gar der Vorstand der Suppenküche der Kommerzienrats- und Kronprinzen-Vorstadt Langfuhr und jammert in den bürgerlichen Blättern über den Hunger der Kinder, den er wegen der kargen Mittel nicht stillen könnte. Der Notschrei behauptet, daß bei der starken Kälte viele Arme, namentlich Kinder, den Vorstand um Freiessen bestürmen. Seit 8 Tagen gebe er auch bereits 104 Kindern freies Essen. Auf die Dauer könne er das aber nicht. – Schlägt denn den Nutznießern des Kapitalismus, die unsere herrliche christliche Kultur in alle Welt tragen möchten, bei diesem Notschrei nicht das Gewissen? In dem gleichen Langfuhr, in dem sich eine Villa an die andere drängt, in dem der Palast des Millionärs Patschke mit wahnsinnigem Luxus gefüllt ist, drängen sich Hunderte von Kindern, um ihren Hunger wenigstens mit der magern Suppe zu stillen, die in der Küche verabreicht wird! Wie entsetzlich groß muß die Not in den Familien sein, die ihre Lieblinge hungern lassen müssen! Und da stellen sich noch freisinnige und reichsverbändlerische Hüter des Geldsacks hin und höhnen über die „hetzende" Sozialdemokratie, die alles

maßlos übertreibe! Vor der Tatsache, daß Kinder im tiefsten Elend körperlich und sittlich verkommen, muß aber doch der Vorwurf der Uebertreibung notgedrungen Halt machen. Schrecklicheres und Entsetzlicheres vermag sich doch niemand auszudenken. Diese Tatsache läßt sich nicht mehr fortleugnen. Sie muß allein jeden fühlenden Menschen mit Haß und Verachtung gegen die Gesellschaftsordnung erfüllen, die da duldet, daß so die Opfer zur späteren Füllung der Gefängnisse und Zuchthäuser geschaffen werden. Wo soll denn ein Mensch sittliche Widerstandsfähigkeit erwerben, dessen Jugend durch den Hunger gepeitscht und in dem die Not alle Keime zum Guten vernichtete? Ueber das hungernde Kind vergießen vielleicht noch Pharisäer ein paar sehr billige Heuchlertränen. Strauchelt es aber als Erwachsener, dann heben sie vor sittlicher Entrüstung über die Schlechtigkeit der unteren Klassen. Und gesinnungstüchtige Journalisten, die den Hunger nie kennen lernten, schlagen den Namen des Verurteilten mit Behagen an den öffentlichen Schandpfahl! –

Auch die sicherlich gutherzigen Mitglieder des Vorstandes dieser Suppenküche lehnen es ab, die Verpflichtung der Gemeinde zur Sättigung der Armen anzuerkennen. Sie stehen ebenso wie das Komitee zur Frühstücksverteilung an arme Schulkinder, trotz des von ihnen festgestellten Elends, auf dem Standpunkt, daß die Wohltätigkeit nicht durch die Anerkennung des Rechts auf die Existenz ersetzt werden dürfe. Im andern Falle würden die darin sitzenden Stadträte und Stadtverordneten doch darauf dringen, daß die liberale Stadtverwaltung sich endlich darauf besinnt, daß sie auch die Interessen der Armen und Notleidenden wahrnehmen soll. Es war gewiß schön, als der Oberbürgermeister unlängst die Pflicht der Stadt, den Bürgern das Leben sogar angenehm zu machen, unter allgemeinem Beifall betonte. Diese Proklamation wird aber zum blutigsten Hohn, wenn Sportplätze und Tennispaläste auf Kosten der Allgemeinheit gebaut werden, während tausende von Kindern Hunger leiden.

Arbeiter, geht ihr zur Stichwahl, so gedenkt dieser Dinge. Denkt der notleidenden Kinder eurer Klasse und der „Fürsorge", die ihnen von den Parteigenossen Weinhausens zuteil wird!

Elend. Der 37jährige Arbeiter Johann Settka, ohne Obdach, wurde auf der Straße mit erfrorenen Füßen aufgefunden. Man brachte ihn nach dem städtischen Krankenhause.

Diese maßlos gegen die kapitalistische Unkultur aufreizende Nachricht ist durchaus keine sozialdemokratische Erfindung. O nein! Sie steht am 17. Januar in der gutfreisinnigen Danziger Zeitung. Und kein kritisches Wort knüpft das Blatt der Kommerzienräte daran! Was macht es auch den Satten und Protzen aus, wenn mitten in der Großstadt ein Mensch, das vielgerühmte Ebenbild Gottes, in so entsetzlich traurigem Zustande aufgefunden wird. Diese Welt„ordnung" ist trotzdem tadellos schön und nur diejenigen, die sie so ändern wollen, daß alle Menschen menschlich leben können, sind brutale Barbaren.

Warnung.

Verfolgt wird jede Nachahmung der echten

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. Es ist die beste Seife zur Erlangung eines zarten, reinen Gesichtes, rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weißen, sammetweichen Haut und blendendschönen Teints. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

DANZIG.

Fortsetzung meines großen Inventur-Ausverkaufes

zu ganz enorm herabgesetzten Preisen.

Zum Verkauf kommen die bei der Inventur zurückgesetzten Waren, sowie andere besonders preiswerte Artikel.

Damen-Wäsche.

Stickerei-Damen-Hemden, 105 cm lang, jetzt 95 ₰
Fantasie-Damen-Hemden, breiter Stick. u. Banddurchz. jetzt 1.10 ℳ
Linon-Damen-Hemden mit verschiedenen Stickereien jetzt 1.50 ℳ
Damen-Beinkleider mit Stickerei-Volant jetzt 90 ₰
Knie-Beinkleider Barchent oder Hemdentuch und Stickereien jetzt 1.25 ℳ

Ein grosser Posten **Kinderschürzen** bis 80 cm lang.
Darunter ganz moderne mit Falten-Volant.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
35 ₰	70 ₰	90 ₰	1.10 ℳ	1.35 ℳ

Weiße Hausschürzen, schwarz und farbig . . jetzt 90 ₰

Blusen-Schürzen

Serie I	Serie II	Serie III
90 ₰	1.50 ℳ	1.95 ℳ

Trikotagen.

Futter-Herren-Hosen . . . . . Paar jetzt 1.10 ℳ
Futter-Herren-Hosen, schwere Qualität, Paar jetzt 1.50 ℳ
Futter-Herren-Hemden . . . . Paar jetzt 1.75 ℳ
Herren-Strickwesten, sehr haltbar Stück jetzt 1.75 ℳ
Herren-Strickwesten, prima Qualität Stück jetzt 2.40 ℳ

Breite Reform-Damenschürzen 95 ₰

Weiße Frauen-Beinkleider Paar jetzt 1.75 ℳ

Mieder-Teeschürzen mit breitem Satinansatz . Stück jetzt 75 ₰

Reform-Futter-Beinkleider Paar jetzt 1.75 ℳ

Ein Posten **Gummi-Gürtel** weit unter Preis

Serie I	Serie II	Serie III
35 ₰	5	60 ₰

Ein Posten Kimono-Blusen Stück 1.95 ℳ

Ein Posten wollene Damen-Chemisettes gestrickt Stück jetzt 45 ₰

Ein Posten **Kinder-Kapotten** enorm billig. Eisfell-Samt u. Tuch-Kapotten etwas angeschmutzt

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
früher bis 95 ₰	früher b. 1.60 ℳ	früher b. 1.95 ℳ	früher b. 2.65 ℳ
50 ₰	95 ₰	1.25 ℳ	1.65 ℳ

Handschuhe.

Ringel-Handschuhe Paar jetzt 20 ₰
Ringel-Handschuhe Paar jetzt 28 ₰
Damen-Handschuhe Paar jetzt 50 ₰
Herren-Krimmer-Handschuhe Paar jetzt 1.10 ℳ

Strumpf-Waren.

Damen-Strümpfe wollgemischt Paar jetzt 45 ₰
Damen-Strümpfe Paar jetzt 70 ₰
Damen-Strümpfe gestr. Paar jetzt 95 ₰
Herren-Socken wollgemischt Paar jetzt 28 ₰
Herren-Socken Paar jetzt 45 ₰

Herren-Artikel.

Herren-Krawatten zum Aussuchen Stück jetzt 25 ₰
Selbstbinder . . . . Stück jetzt 40 ₰
Kragenschoner weiß Stück jetzt 28 ₰
Kragenschoner weiß Stück jetzt 45 ₰
Kragenschoner weiß u. farbig Stück jetzt 90 ₰

Korsetts.

Spiralfeder-Korsett Stück jetzt 90
Frack-Korsett mit Strumpfhalter Stück jetzt 1.25
prima Damen-Korsett einzel. Sach. Stück jetzt 1.85
woll. Korsettschoner weiß, rosa, grau Stück jetzt 75
Stickerei-Untertaillen mit Banddurchzug Stück jetzt 75

Chenille-Tücher Stück 95 ₰

Ballschals Stück 95 ₰

Schärpen-Band Meter 35 ₰

Umschlage-Tücher hübsche Dessins Stück 95 ₰

Barchent-Bettlaken weiß und farbig . . . Stück 95 ₰

Tuch-Unterröcke mit breitem Einsatz Stück 95 ₰
Tuch-Unterröcke mit breitem Volant Stück 1.95 ℳ
Tuch-Unterröcke Stück 2.95 ℳ

Wachstuch-Reste. 130 cm breit Meter 1.00 ℳ
Wachstuchtischdecken mit und ohne Bordüre Stück 95 ₰
Fettseifen 90 ₰
Schuhcreme 58 ₰

Strickwolle in allen Farben statt 1.20 ℳ 95 ₰
Bürstenartikel Schuhbürste, Kinderbürste zus. jetzt 90 ₰
Tischdecken mit und ohne Fransen Stück jetzt 95 ₰
Herstenkornhandtücher 45 cm breit 3 m jetzt 95 ₰

schwarze Damen-Westen Stück jetzt 95
schwarze Damen-Westen prima Qualität Stück jetzt 1.20
Damen-Westen, wollgemischt jetzt 1.8
prima Damen-Westen mit Schoß und besond. lang. Ärmeln herabges

Verlangen Sie Rabattmarken. **Julius Goldstein, Danzig** Verlangen Sie Rabattmarken.

nur Lawendelgasse 4 gegenüber der Nikolaikirche **nur Lawendelgasse**